



Gesellschaft zur Rechtlichen und
Humanitären Unterstützung e.V.
Der Vorstand

Sonderdruck der Arbeitsgruppe Grenze

< Herbsttreffen 2015 >

Für Mitglieder und Sympathisanten

November 2015



Foto: Wolfgang Ney

Inhaltsverzeichnis

	Seite
OSL a.D. Siegfried Hannig, Einschätzung	4
Oberst a.D. Günter Leo, Begrüßung der Teilnehmer	5
Oberst a.D. Joachim Sladko, Referat zum Themenkomplex “Die Mauer und die Festung Europa“	6
OSL a.D. Günter Ganßauge, Referat zum Themenkomplex “Die Mauer und die Festung Europa“	11
Oberst i.R. Milan Richter, Vorsitzender des Nationalrates des Klubs der Tschechischen Grenzgebiete (KCP), Grußwort	13
Armeegeneral Ing. i.R. Miroslav Vacek, ehemaliger Minister der Verteidigung der CSSR, Grußwort	14
Oberst a.D. Sygmund Seynik, ehemaliger Angehöriger der polnischen Grenzschutzorgane, Grußwort	18
OSL a.D. Dr. Artur Pech, 65 Jahre Abkommen von Zgorzelec	17
Oberst a.D. Dr. Rolf Ziegenbein	20
Dr. Klaus Emmerich, Das Ende der Staatsgrenze zwischen beiden deutschen Staaten und der Grenze um Westberlin im öffentlichen Gedächtnis (Thesen)	21
Frank Liebholdt, Vorsitzender der Grundorganisation Königs Wusterhausen und Umgebung der DKP, Grußwort an das Jubiläumstreffen der AG Grenze der GRH	24
Alfred Fritz, Mitglied des ZK der KPD, Redebeitrag	25
OSL a.D. Dr. Jaroslav Horak, ehemaliger Angehöriger der tschechoslowakischen Grenzschutzorgane, Worte an die Freunde	28
Hans Bauer, Vorsitzender der GRH, Schlußwort	29
<u>Anlage:</u> „Junge Welt“ vom 17.11.2015, Auszüge von Facebookseiten von Sahra Wagenknecht und Jürgen Todenhöfer	32

Siegfried Hannig

Das 30. Grenzertreffen 2015 der AG Grenze fand am 24.10.2015 in der Landkostarena Bestensee statt.

Der Leiter der AG Grenze, Oberst a.D. Günter Leo, eröffnete das Treffen mit der Begrüßung der 270 Teilnehmer, unter ihnen tschechische und polnische Kampfgefährten sowie die Genossen und Freunde der anderen bewaffneten Organe der DDR, linker Verbände, Vereine und Bündnisse. Zum Thema des Treffens "Die Mauer und die Festung Europas" sprachen Oberst a.D. Joachim Sladko und Oberstleutnant a.D. Günter Ganßauge. Beide Redner würdigten den engen Zusammenhalt der ehemaligen Angehörigen der Grenztruppen der DDR im Ringen um Wahrheit und Gerechtigkeit und analysierten die geschichtliche und internationale Lage sowie ihre Auswirkungen auf die Lageentwicklung in Europa.

Die Leiter der tschechischen und polnischen Delegationen stellten in ihren Grußadressen fest, daß der Kampf um die historische Wahrheit ein gemeinsames Anliegen ist. Sie dankten den Mitgliedern und Funktionären der GRH für die aufopferungsvolle Arbeit.

Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Teilnehmer den Ausführungen des ehemaligen Ministers für Verteidigung der CSSR, Armeegeneral Ing. Miroslaw Vacek, der besonders die Zusammenarbeit mit den Angehörigen der NVA und der Grenztruppen der DDR würdigte.

Zur Diskussion sprachen acht Teilnehmer:

Oberstleutnant a.D. Dr. Arthur Pech informierte über ein Treffen in Eisenhüttenstadt anläßlich des 65. Jahrestages der Gründung der Oder-Neiße-Grenze und begründete diese an Hand der geschichtlichen Entwicklung;

Oberst a.D. Dr. Rolf Ziegenbein erinnerte an die Notwendigkeit des kritischen Herangehens mit der eigenen Vergangenheit;

Rechtsanwalt Dr. Klaus Emmerich sprach über das Ende der Staatsgrenze zwischen den beiden deutschen Staaten und der Grenze um Westberlin im öffentlichen Gedächtnis;

Oberstleutnant a.D. Jaroslav Horak von der Grenzbrigade Cheb überbrachte herzliche Grüße der tschechischen Grenzer und würdigte die herzliche Zusammenarbeit mit den Grenzern aus Possek. Mit Aufmerksamkeit wurden die Ausführungen der Mitglieder der DKP und der KPD Frank Liebholdt und Alfred Fritz aufgenommen.

Oberstleutnant a.D. Harald Henschel, Vorsitzender der Kameradschaft "Florian Geyer" berichtete über die Arbeit der Kameradschaft und schilderte, wie er bei persönlichen Auftritten und Diskussionen in der Öffentlichkeit um die historische Wahrheit kämpft.

Rechtsanwalt Jürgen Strahl sprach über die Ursachen der gegenwärtigen Flüchtlingsbewegungen in Deutschland und Europa.

Die Beiträge der Genossen Henschel und Strahl konnten leider nicht in diesen Sonderdruck aufgenommen werden, da sie bei Redaktionsschluß nicht vorlagen.

Eine eindrucksvolle Bilddokumentation zum Thema des Treffens wurde durch Oberstleutnant a.D. Günter Ganßauge erarbeitet.

Das Schlußwort hielt der Vorsitzende der GRH Rechtsanwalt Hans Bauer. Er dankte den Rednern für ihre Beiträge. Er würdigte das Treffen und dankte der AG Grenze und allen, die zum Gelingen des Treffens beigetragen haben. Er informierte, daß die Solidaritätsspende eine Summe von 936,36 € erbrachte.

Das 31. Grenzertreffen findet am 22.10.2016 wiederum in Bestensee statt.

Günter Leo

Liebe Freunde und Genossen, verehrte Gäste,
ich möchte Sie im Namen des Vorstandes der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. (GRH) und der AG Grenze recht herzlich zu unserem 30. Grenzertreffen begrüßen.

Wir freuen uns, dass wir mit diesem Treffen die seit Jahren gepflegte Tradition des Treffens ehemaliger Grenzer, einbezogen die Genossen und Freunde der anderen bewaffneten Organe der DDR sowie linker Parteien, Verbände, Vereine und Bündnisse fortsetzen können.

Ich möchte namens des Vorstandes und der AG Grenze alle Gäste herzlich willkommen heißen und bitte um Verständnis, dass es aus zeitlichen Gründen nicht möglich ist, alle namentlich zu nennen.

Mit besonderer Freude begrüßen wir unseren ehemaligen Minister für Nationale Verteidigung, Genossen Armeegeneral a.D. Heinz Keßler, der trotz fortgeschrittenem Alter und seiner Krankheit uns immer ein treuer Kampfbegleiter war.

Herzlich begrüßen wir auch Generaloberst a.D. Fritz Streletz und Admiral a.D. Theodor Hoffmann.

Es ist eine gute Tradition, dass wir zu unserem Treffen Freunde und Kampfgefährten aus Tschechien und Polen begrüßen können.

So begrüßen wir:

- Eine Delegation des Nationalrates des Klubs der tschechischen Grenzgebiete unter Leitung des 1. Vizepräsidenten, Dr. Rudolf Peltan mit dem ehemaligen Minister der Verteidigung der CSSR, Armeegeneral Ing. Miroslav Vacek;
- die Delegation der polnischen Grenzschutzorgane unter Leitung von Oberst Szymund Seynek;
- die tschechischen Gäste der Grenzkompanie Possek aus Cheb unter Leitung von OSL Dr. Jaroslav Horak.

Wir entbieten Ihnen die herzlichsten Kampfesgrüße und sind uns gewiss, dass wir auch künftig erfolgreich zusammenarbeiten werden.

Herzlich willkommen heißen möchten wir auch die Genossen des DDR-Kabinetts Bochum.

Grüßen möchten wir alle Freunde und ehemaligen Mitstreiter, die aufgrund ihrer gesundheitlichen Verfassung oder ihres hohen Alters unserer Einladung nicht mehr Folge leisten können.

Auch im vergangenen Jahr mussten wir abermals schmerzlichen Abschied von treuen und verlässlichen Mitstreitern nehmen.

Namentlich möchte ich die Genossen Generalleutnant a.D. Gerhard Lorenz, Oberst a.D. Dieter Hoffmann und OSL a. D. Horst Liebig nennen.

Ich bitte Sie sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen zu erheben.

Liebe Freunde und Genossen, verehrte Gäste,

mit Stolz können wir heute sagen, wir treffen uns zum 30. Mal in dieser Runde der ehemaligen Angehörigen der Grenztruppen der DDR. Am 19.März1994 wurde Generalleutnant. a.D. Karl Leonhardt durch den Vorstand der GRH beauftragt, eine AG Grenze zu bilden. Die AG wurde am 25.April1994 durch 14 ehemalige Grenzer in Berlin gegründet. Unser erstes Grenzertreffen führten wir am 11.November 1994 im ND-Gebäude in Berlin mit 36 Teilnehmern durch. Gesprochen hatten die Genossen Generaloberst a.D. Fritz Streletz und Generalleutnant a.D. Karl Leonhardt.

Ab dem Jahr 1999 organisierten wir im Jahr zwei Treffen, ein Frühjahrs- und ein Herbsttreffen, an denen 250 – 300 ehemaliger Grenzer und Gäste teilnahmen. Ab dem Jahr 2007 reduzierten wir die Treffen auf das traditionelle Herbsttreffen. Wir trugen damit vielen Genossen Rechnung, die den weiten Weg zu diesen Treffen aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters als zu große Belastung ansahen.

Ich möchte heute an die Botschaft des ersten Grenzertreffen erinnern, die bis zum heutigen Tage gilt:

- Organisation des Widerstandes gegen die Strafjustiz der BRD und die Solidarität mit allen Betroffenen;
- Förderung der Verbundenheit und des Zusammenhalts der ehemaligen Angehörigen der Grenztruppen;
- Erarbeitung von Positionen und Argumenten, sie zu diskutieren, sich darüber auszutauschen und Erfahrungen zu vermitteln;
- Widerstand zu leisten gegen die Diffamierung und Diskriminierung der DDR als Unrechtsstaat vor allem mit dem Bezug auf das Recht zur Sicherung ihrer Staatsgrenzen.

Mit dem Blick auf die aktuelle Lage an den Grenzen in Europa haben wir für unser heutiges Treffen das Thema „Die Mauer und die Festung Europa“ gewählt. Oberst a.D. Joachim Sladko und OSL a.D. Günter Ganßauge werden dazu die einleitenden Ausführungen machen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche unserem heutigen Treffen einen erfolgreichen Verlauf.

Joachim Sladko

Über die Wahl des Begriffs „Mauer“ für das Thema, über das ich heute rede, kann man sich sicherlich streiten. Vielleicht ist es so volkstümlicher. Mir gefällt der Begriff „Staatsgrenze der DDR“ als geschichtliche und politische Kategorie besser. Die Bezeichnung einer Grenzsicherungsanlage wurde im Kalten Krieg von unseren Gegnern als ideologischer Terminus gegen das Grenzregime der DDR verwendet. Grenzsicherungsanlagen, Grenzregimes und bewaffnete Kräfte zur Sicherung der Grenzen gibt es seit Menschengedenken, vor allem seit dem Entstehen von Staaten in allen Gesellschaftsordnungen. Die Stadtmauern der Stadtstaaten in Mesopotamien im heutigen Irak, in den griechischen Stadtstaaten der Antike, der römische Limes, die chinesische Mauer und die Stadtmauern des Mittelalters – sie alle dienten dem Schutz und der Verteidigung des Territoriums vor Feinden und kriegerischen Angriffen. Bei Angriffen gegen diese Grenzsicherung ging es um die Vernichtung und Unterwerfung der gegnerischen Macht, um die Erweiterung eigener Einflusssphären oder auch schlicht um das Beutemachen. Es gab immer objektive Ursachen für die Errichtung von Grenzregimes und Grenzsicherungsanlagen. Meistens waren es Bedrohungen durch angrenzende Staaten oder andere Völker.

Mit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft hatten solche Anlagen zunehmend auch einen ökonomischen Zweck. Sie sollten den wirtschaftlichen Verkehr kontrollierbar und regulierbar machen.

Bis zum Entstehen der ersten sozialistischen Gesellschaft waren Grenzen Trennlinien zwischen Nachbarn gleicher gesellschaftlicher Grundlagen. Die eben angeführten Gründe für die Verteidigung der Grenzen oder Angriffe auf sie blieben im Wesentlichen über Jahrhunderte die gleichen. Grenzsicherungsanlagen wurden mit erheblichem materiellem und finanziellem Aufwand errichtet

– es sei hier nur an die entlang der französischen Grenze zu Deutschland ab 1930 errichtete Maginotlinie erinnert.

Grenzen hatten immer zugleich eine trennende und eine verbindende Funktion im Verhältnis von Nachbarstaaten. Es hing ganz wesentlich von den Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten ab, welche dieser Funktionen dominierte.

Mit dem Entstehen der Sowjetunion, des ersten sozialistischen Staates, entstanden neue Ursachen und Gründe für die Überwachung, den Schutz und die Verteidigung der Staatsgrenze. Von Anfang an ging es ihren Feinden um die totale Vernichtung der neuen Gesellschaftsordnung. Die Grenzsicherung wurde für den neuen Staat zu einer Frage des Überlebens oder des Untergangs. Die sowjetische Militärdoktrin berücksichtigte diese Forderung während der ganzen Zeit ihres Bestehens und wurde folgerichtig auf die DDR und die anderen Warschauer Vertragsstaaten übertragen. Die schnelle Überwindung der Grenzbefestigungen durch die Hitlerwehrmacht im 2. Weltkrieg verstärkte noch diese Positionen, man kann sagen, sie entwickelten sich zu einem militärpolitischen Trauma. So etwas sollte sich nicht wiederholen. Das war eine entscheidende Ursache für den Charakter des Grenzregimes in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Von Anfang an wurden unsere Staatsgrenze und unser Staat, die DDR, durch die BRD infrage gestellt. Ich spreche hier Euch allen bekannte Wahrheiten aus, dass der DDR in der Zeit einer ausschließlich polizeilich gesicherten Grenze bis 1961 erheblicher politischer und ökonomischer Schaden zugefügt wurde.

Mit dem seit 1961 errichteten Grenzregime begann bekanntlich ein wirtschaftlicher, innen – und außenpolitischer Aufschwung unseres Landes.

Unser Grenzregime war zweifellos konsequent und restriktiv. Es war eine Voraussetzung für die Existenz der DDR, es verursachte aber auch bei den Opfern viel Leid. Unser Bestreben war darauf gerichtet, solche Opfer zu vermeiden, Tote und Verletzte nicht zuzulassen. Ich zitiere hier aus der gemeinsamen Erklärung des Kommandeurs des Grenzkommandos SÜD und drei seiner Stellvertreter, darunter auch ich, im Prozess gegen uns: „Die hier Angeklagten bringen ihr tiefes Bedauern über die Opfer, die es an der Staatsgrenze zwischen beiden deutschen Staaten gegeben hat, zum Ausdruck. Es gehört zur Tragik der militärischen Tätigkeit der Angeklagten, dass es ihnen trotz eindeutigen Bemühens nicht gelungen ist, solches Leid zu verhindern... Jeder Verletzte, jeder Tote, jedes Opfer ist zu bedauern und zu beklagen.“

Wenn jemand behauptet, dass wir eine solche Erklärung lediglich aus prozeßtaktischen Überlegungen gemacht hätten, dann ist das für uns ehemalige Grenzoffiziere eine entschieden abzulehnende Beleidigung.

Diese Aussage war kein taktisches Kalkül, sie ist heute noch unsere Überzeugung.

In diesem Zusammenhang möchte ich, obwohl darüber schon, auch kontrovers, geredet wurde, meinen Standpunkt zum Problem polizeiliches oder militärisches Grenzregime äußern.

Bestand denn tatsächlich die Möglichkeit eine polizeiliche Grenzsicherung nach den Verträgen von Helsinki einzuführen? Ich sage Nein.

Die Hallstein- Doktrin, der Alleinvertretungsanspruch der BRD war zwar mit der weltweiten Anerkennung der DDR gescheitert, die BRD weigerte sich aber weiter, die Staatsbürgerschaft der DDR anzuerkennen. Das wäre eine wesentliche Voraussetzung zur Milderung des Grenzregimes gewesen.

Die stärksten militärischen Gruppierungen der NATO und des Warschauer Vertrages standen sich weiter gegenüber. Die UdSSR mit ihrem Trauma von 1941 verlangte die militärische Sicherung

der Staatsgrenze der DDR auch nach Helsinki. In allen Staaten des Warschauer Vertrages waren die Grenzsicherungskräfte militärisch organisiert, wenn auch unterschiedlich unterstellt, und sie hatten einfachere Bedingungen an ihren Grenzen als die DDR.

Dank der gewissenhaften Arbeit von Heinz Schubert in unserem IGRA-Archiv kann ich hier mein letztes GVS-Heft verwenden. Im Sommer 1989 habe ich im Rahmen einer Aspirantur am Militär

geschichtlichen Institut der DDR mit dem Dokumentenstudium im Grenztruppenarchiv begonnen. In diesem Heft habe ich die Handlungen aus Richtung BRD/WB gegen unsere Staatsgrenze in den Ausbildungsjahren 1979/80 bis 1985/86 notiert. Ich beziehe mich nur auf das Ausbildungsjahr 1985/86.

Aufgeklärt wurden damals folgende Handlungen gegen die Staatsgrenze und die Grenztruppen der DDR :

- Verletzungen unseres Hoheitsgebietes / Zurückweisungen	8.172 Personen
- Anschläge gegen Grenzsicherungs- und pioniertechnische Anlagen	36 Fälle
- Beschädigung von Grenzsäulen und Grenzzeichen	147 Fälle
- Bedrohen mit Waffen / Beschießen von Grenzposten	31 Fälle
- Aufforderungen zu Fahnenflucht	873 Fälle
- Verletzungen des Luftraumes der DDR	5 Fälle
- Einweisung von Militärangehörigen, überwiegend der NATO	40.620 Personen.
- Gesamtheit aller provokatorischen Handlungen an der Staatsgrenze der DDR zur BRD und Westberlin	11.971

Eine solche, vorsichtig ausgedrückt, unruhige Grenze hatte der Bundesgrenzschutz auch dank unseres Grenzregimes nie. Auch deshalb ist die Umwandlung des BGS in eine Bundespolizei nach Helsinki als Beispiel für eine Umstrukturierung der Grenztruppen der DDR in eine Grenzpolizei ein abwegiges Argument.

Solche Zahlen, wie eben genannt, findet man in den Mainstream- Medien natürlich nicht. Im Gegenteil, die Provokateure von damals sind heute Helden.

Einen Höhepunkt dieser Entwicklung der Diffamierung der DDR und ihres Grenzregimes stellen die sogenannten Grenzlandmuseen dar. Ich möchte beispielhaft den sogenannten „Alpha Point“ in der Rhön nahe Geisa, eine gemeinsame Stiftung der Bundesländer Hessen und Thüringen, erwähnen. An diesem Standort waren während des „Kalten Krieges“ bis zu zwei Kompanien des 11. PAKlR der US Armee (Panzeraufklärungsregiment) unmittelbar, nur wenige Meter von unserer Staatsgrenze entfernt, stationiert. Dieses Regiment wird vor Ort ausführlich in einem aufwendig gestalteten Museum gewürdigt.

Der Hamburger Historiker Bernd Greiner erwähnt in seinem Buch „Krieg ohne Fronten“, laut amerikanischer Historikergesellschaft das beste ausländische Buch über den Vietnamkrieg, mehrfach die 11. Kavallerie, wie sie im US- Militärjargon genannt wird.

Zwischen 1966 und 1972 nahm dieser Truppenteil an 23 sogenannten „Search and destroy“ (Suchen und Zerstören)– Einsätzen teil, bei denen die Zahl der feindlichen Toten der hauptsächliche Maßstab militärischen Erfolges war. Das Internationale Rote Kreuz stellte fest, dass in nahezu allen US –geführten Durchgangs –und Sammellagern Verdächtige gefoltert wurden. Gefangene Vietnamesen wurden in Hubschrauber verladen. Irgendwann wurde dann einer aus den Reihen der Verdächtigen aus dem hoch fliegenden Hubschrauber geworfen um die anderen zu Aussagen zu bewegen. Das 11.PAKlR wird eben in diesem Bericht des Internationalen Roten Kreuzes explizit genannt.

Einer der Kommandeure des Regiments, George S. Patton III., sagte damals, dass ein Verhältnis von zehn Prozent „Befriedung“ und 90 Prozent Töten,“...genau das Richtige ist.“ Patton pflegte übrigens zu Weihnachten 1968 ganz besondere Grußkarten zu versenden: Farbfotos, die überein-

andergestapelte verstümmelte Leichen getöteter vietnamesischer Kämpfer zeigen. Sie trugen den Aufdruck: „Von Colonel und Frau George S. Patton III – Frieden auf Erden“.

Soweit von Bernd Greiner, dem man sicher glauben kann. Eine Frage bleibt am Ende offen: Wie hätten sich die Soldaten der 11. Kavallerie bei einem Krieg zwischen Ost und West wohl in der DDR aufgeführt, wenn wir sie reingelassen hätten?

Vorgänger auf dem „Alpha Point“ und den anderen Objekten des 11.PAKlR war das 14.PAKlR. Durch Soldaten dieses Truppenteils wurden die Grenzpolizisten Herbert Liebs bei Pferdsdorf –

Spichra und Werner Schmidt und Heinz Janello bei Obersuhl hinterrücks ermordet. Ich habe in der Grenzkompanie Untersuhl meinen Grenzdienst begonnen. Mir stehen immer noch die Fotos im Traditionszimmer mit dem zerschossenen Rücken der Uniformjacke von Werner Schmidt vor Augen.

Welchen Zynismus offenbart eine solche sogenannte Gedenkstätte. Hier die „Helden“ der US – Armee, wenige Meter davon entfernt das „Haus auf der Grenze“, in dem die Grenztruppen der DDR verteufelt werden. Über die unsäglichen „Traditionen“ der PAKlR`er findet man natürlich kein Wort. Dafür wurden u.a. Kohl, Bush sen. und Gorbatschow dort mit Preisen geehrt.

Mitglieder der Grenzkameradschaft „Florian Geyer“, einige Genossen sind heute hier, die am Museum einen Flyer mit der Wahrheit verteilten, erhielten Hausverbot.

Die Ergebnisse der Grenzaufklärung und das 11.PAKlR sind nur ausgewählte Beispiele, die ich hier angeführt habe, die eine militärische Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD und Westberlin rechtfertigten. Über die militärischen Pläne der NATO habe ich heute nicht gesprochen. Ich gehe davon aus, dass die Euch allen bekannt sind.

Die DDR und ihre Grenztruppen werden nach wie vor von Politikern und den offensichtlich gleichgeschalteten Medien diffamiert und als menschenverachtend dargestellt, während die Abschottung der Festung Europa fast heiliggesprochen wird.

Nur selten hört oder liest man sachliche und objektive Meinungen zu diesem Problem. Es ist pure Heuchelei, was am „Alpha Point“ und vielen anderen Orten von den politisch Herrschenden an den sogenannten Mauergedenktagen zelebriert wird. Neue Grenzanlagen werden errichtet. Tausende Menschen sterben. Natürlich ist es ein Unterschied, ob die Richtung Derjenigen, die Grenzen illegal überwinden wollen, sozusagen hinaus oder hinein geht. Am Ende sind es auch Tote und Verletzte, jetzt in unglaublich hoher Zahl.

Horst Liebig wollte heute eigentlich zu diesem Problem sprechen. Ich hatte seine Thesen zur Verfügung und habe sie als Grundlage meiner Ausführungen genommen.

Die Flüchtlinge oder Migranten, wie man sie auch immer benennen will, von Gestern und Heute hatten und haben ihre Gründe und Motive für den ungesetzlichen Grenzübertritt.

Für alle Flüchtlinge aus der DDR galt: Ihr Leben, ihre Gesundheit waren niemals bedroht. Keiner musste hungern. Solche Fluchtgründe hat es nicht gegeben. Die übergroße Mehrheit hatte keine politischen Gründe für ihr Handeln. Nur ein geringer Teil derer, die die Staatsgrenze der DDR illegal überschritten wurde deshalb in der BRD als politischer Flüchtling anerkannt. Pauschal – mit Einschränkungen – kann man aus heutiger Sicht sagen, es handelte sich um sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge.

Die Motive zum Verlassen der DDR waren sehr unterschiedlich: Unzufriedenheit mit dem beruflichen Umfeld, Konflikte in der Familie, wie Ehestreit oder sich der Unterhaltungspflicht zu entziehen, Wohnungsprobleme oder Schwierigkeiten bei der Arbeitsdisziplin, aber auch Familienzusammenführung, Abenteuerlust, Sehnsucht nach den Verlockungen der westlichen Welt, nach unbegrenzten Konsum – und Reisemöglichkeiten.

Es gab auch gezielte Abwerbung von DDR – Bürgern mit guter Qualifikation. Einzelne wollten sich einer Strafverfolgung nach begangenen Straftaten entziehen. Mitunter war es aber auch will-

kürliches oder bürokratisches Verhalten von Behörden oder einzelnen Mitarbeitern, das Fluchtab-sichten begünstigte.

Die Migranten von heute haben viel schwerer wiegende Gründe für Ihre Flucht. In erster Linie wollen sie sich den verheerenden Folgen von Krieg, Massenmord und Vertreibung in ihrem Heimatland entziehen. Viele von ihnen werden in ihren Ländern verfolgt, eingesperrt, gefoltert oder es droht ihnen sogar der Tod. Sie fliehen vor Hunger, vor Not und dem unsagbaren Elend in ihrer

Heimat. Sie haben dort keinerlei Lebensperspektive. Menschenhändler locken sie mit zweifelhaften Versprechungen und lassen sie oft nach Zahlung hoher Summen im Stich.

Politik und Medien kommen mit immer neuen Statistiken und Befragungen über diese Fluchtgründe. So seien z.B. nach der Befragung durch eine syrische Umsturzinitiative 69,5 % der syrischen Flüchtlinge vor dem Assad- Regime geflohen. Bei genauerem Hinschauen auf die Daten gaben deutlich mehr, nämlich 82,2 % der Befragten an, sie seien vor den verschiedenen Milizen der Aufständischen geflohen.

Die FIR, die Internationale Organisation der Widerstandskämpfer und die Vereinigung der Antifaschisten haben am 05. August dieses Jahres ihre große Sorge über den Umgang mit Flüchtlingen zum Ausdruck gebracht:

„Nur wenige Menschen verlassen freiwillig ihre Heimat. Die insbesondere in Nordafrika und im Nahen Osten - auch durch die Politik der Staaten der Europäischen Union – eskalierten Konflikte zwingen jedoch immer mehr Menschen aus diesen Regionen, ihr Land zu verlassen und Schutz in anderen Teilen der Welt zu suchen. Menschen, die aus großer Not oder wegen der Bedrohung durch Krieg und Elend aus ihrer Heimat fliehen müssen, werden an der Überquerung der europäischen Außengrenzen gehindert. Tausende im Mittelmeer ertrunkene Flüchtlinge werden billigend in Kauf genommen.“

Der von den USA und Staaten der Europäischen Union teilweise initiierte und militärisch unterstützte sogenannte Arabische Frühling, der in diesen Ländern zu Chaos, Bürgerkrieg und massenhaftem Elend führte, hat die Flüchtlingsbewegungen eindeutig verstärkt. Die mit Lügen begründeten Kriege im Irak, Afghanistan und Syrien führten zu massenhaften Flüchtlingsbewegungen. Nicht zuletzt waren es die europäischen Kolonialmächte, die in der Vergangenheit in Afrika und im Nahen Osten Grenzen willkürlich festgelegt hatten und damit einen Grundstein für aktuelle kriegerische und ethnische Konflikte schufen. Durch die Ausbeutung der Kolonien wurde die Entwicklung der unterdrückten Völker gehemmt und so heutige Armut und Elend mit verursacht. Die Unterstützung korrupter Regimes in manchen dieser Länder im Interesse der heutigen Ausbeutung ihrer Ressourcen trägt das Ihre dazu bei.

Die Bekämpfung, der in Folge der von den USA und NATO geführten Kriege entstandenen und teilweise geförderten Terrororganisationen, wie der Taliban und des sogenannten Islamischen Staates spült viele Milliarden in die Kassen der Rüstungskonzerne. Deutschland als drittgrößter Waffenexporteur der Welt ist daran maßgeblich beteiligt.

Es sind also auch durch Staaten der Europäischen Union selbstgeschaffene Ursachen, die zu dieser enormen Flüchtlingsbewegung geführt haben.

Andre Schulz, Vorsitzender der Spartengewerkschaft „Bund deutscher Kriminalbeamter“ wird in der „Jungen Welt“ zitiert: „Alle bisherigen Reaktionen der Politik waren kurzfristige Notmaßnahmen...Man muß die Ursachen für diese Probleme beseitigen, nicht nur versuchen, die Symptome zu bekämpfen zu wollen. Dazu gehört auch Ehrlichkeit ! Die Ehrlichkeit zuzugeben, dass wir – die westliche Welt – zu einem erheblichen Teil die Verantwortung für die derzeitige Situation tragen. Durch eine arrogante und menschenverachtende Kolonialpolitik wurden andere Völker über Jahrhunderte ausgebeutet und auf deren Kosten gelebt. Wir haben in vielen Regionen die Grundlage für den Hass auf die westliche Welt und die heute damit einhergehende terroristische

Bedrohung selbst geschaffen. Wir haben Seite an Seite mit den USA und anderen Verbündeten unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus bestehende Strukturen in den Ländern zerstört, aus denen heute die Flüchtlinge stammen. Wir haben es ermöglicht, dass der IS überhaupt entstehen konnte.“

60 Millionen Menschen sollen weltweit auf der Flucht sein. Dabei setzen sie nicht selten ihr Leben aufs Spiel.

Der auch in der Auseinandersetzung mit der DDR als ideologisches Argument benutzte Begriff der Freizügigkeit erweist sich jetzt als leere Phrase. Freizügigkeit wird selektiv gewährt. Nicht Jeder erhält sie. Freizügigkeit erhält Derjenige, der für die Sicherung der Profitinteressen der Konzerne und den Erhalt des Systems nützlich ist. Freizügigkeit ist heute auch überwiegend das Recht der Reichen, den Armen die klugen Köpfe abzukaufen.

Selbstverständlich sind die zunehmenden Anstrengungen des bundesdeutschen Staates zur Aufnahme und Integration der Flüchtlinge anzuerkennen und zu begrüßen. Das gilt auch für die Maßnahmen zur Rettung schiffbrüchiger Flüchtlinge durch Marineeinheiten. Es ist aber auch kennzeichnend für die Politik der Bundesregierung, dass dieses Bemühen mit der Außerkraftsetzung von Gesetzen verbunden ist. So wurde zumindest zeitweilig das Schengener Abkommen über die Kontrolle der EU-Außengrenzen willkürlich außer Kraft gesetzt. Jetzt werden mit einer ganzen Serie von Maßnahmen der EU und diskriminierenden Gesetzen die Mauern der Festung Europa erhöht.

Wenn die Staaten der Europäischen Union ihrem lauthals verkündeten humanistischen Anspruch gerecht werden wollen und die Menschenrechte durch ihre Wertegemeinschaft, wie sie sich nennen, wahrhaft verwirklichen wollen, dann müssen sie eine Außenpolitik betreiben, die nicht dazu beiträgt, dass in den nordafrikanischen Staaten und im Nahen Osten Krieg und Zerstörung, Elend und andere Fluchtgründe zunehmen. Sie müssen ihre Hörigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten aufgeben und ihrerseits die Entwicklung von Frieden und Stabilität in diesen Ländern unterstützen.

Es gibt ja bereits Stimmen von Politikern, die sich nicht scheuen, die durch die USA verursachten Kriege als eine Ursache für die gewaltigen Flüchtlingsbewegungen zu benennen. Das sind aber nur Rufer in der Wüste. Diejenigen, die Führungsverantwortung tragen, wie Merkel und Gabriel, bleiben bei ihrer USA- Hörigkeit. Nur die Schaffung einer friedlichen Weltordnung kann kommendes Leid vieler Menschen verhindern.

Am 15. Dezember jährt sich zum 65. Mal der Erlass des DDR- „Gesetzes zum Schutz des Friedens“. Ein solches Gesetz ist aber wohl im jetzigen Deutschland nicht zu erwarten.

Günter Ganßauge

Liebe Genossinnen und Genossen, werte Gäste,
einige Worte zur Dokumentation. Das Thema ist inhaltlich bedeutsam aber auf grund der kurzzeitigen Veränderungen der Lage nicht auf dem neuesten Stand, ist also unvollständig. Es sind Denkanstöße. Wir wollen zum Ausdruck bringen, daß die Ursachen für die Flucht Ausdruck der Politik der USA, der NATO und der EU sind.

Einige Worte zum Begriff „Mauer“. Die Mauer war Teil der militärischen Sicherung unserer Grenze zu Westberlin und der BRD. Wir ändern nichts daran. Es gab und gibt eben die „chinesische Mauer“, die „koreanische Mauer“, die „israelische Mauer“ und auch die „Berliner Mauer“.

Der sowjetische Außenminister Gromyko schrieb 1963 am Brandenburger Tor: „Die Mauer ist eine gute Sache“.

Die Gäste am Brandenburger Tor sprachen in der Mehrzahl auch von der Mauer, aber verstanden und akzeptierten unsere militärischen Maßnahmen. Wenn Gäste der Meinung waren, die Mauer wäre aber hässlich, habe ich immer geantwortet: „Sie ist so hässlich wie die Politik, die aus Westberlin und der BRD gegen uns gemacht wird. Grenzsicherung widerspiegelt immer das Verhältnis der betreffenden Staaten zu- oder gegeneinander.“

Die Politiker der EU und besonders die der BRD sagen, man müsse die Ursachen für die Flüchtlingsströme beseitigen. Bei ihnen heißt das, die Möglichkeiten, in die EU zu kommen, zu unterbinden, die Schleuser zu bekämpfen, ihre Schiffe zu zerstören. Dazu werden von „Frontex“ aber auch immer mehr Kriegsschiffe, Kriegsflugzeuge und andere Mittel eingesetzt. Es werden an den Grenzen Europas immer mehr Hindernisse, Sperren und Kontrollen errichtet. Stacheldraht ist ein markantes Zeichen für Europas Außengrenzen, so wie an den spanischen Enklaven in Nordafrika, am Euro-Tunnel zwischen Frankreich und England, an der Grenze Ungarn-Bulgarien, Ungarn-Serbien, Serbien-Kroatien, Bulgarien-Türkei, Griechenland-Türkei. Es wird weiter geplant, gebaut und abgeschottet. Die Festung Europa soll sicherer gegen Flüchtlinge werden. Die wirklichen Ursachen werden nicht genannt und erst recht nicht bekämpft.

Die Kriege, meistens „Bürgerkriege“ genannt, sind von außen organisiert. Die ökonomische Ausbeutung, und damit der Entzug der Lebensgrundlagen, sind auch kein inneres Problem der Länder. Hier widerspiegelt sich die Politik der USA, aber auch der EU.

Zu diesem Problem ist das Interview von Prof. Schiffer-Nasserie in der Dokumentation sehr interessant.

In der Hauptrichtung geht diese Politik gegen Russland und China. Dem steuert die russische Politik seit drei Jahren offensiv entgegen. Der Westen versuchte Russland von politischen Entscheidungen in der Welt auszuschließen und verhängte Sanktionen. Seit dem militärischen Eingreifen Russlands in Syrien wird wieder mit Putin gesprochen. Jetzt sollen in Syrien Ursachen bekämpft werden.

Einige Bemerkungen zur europäischen Flüchtlingspolitik:

Es wird immer deutlicher, dass Europa politisch, ökonomisch und kulturell keine wirkliche Einheit ist. Es gibt keine Solidarität, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen, ihrer gesicherten Versorgung und gesellschaftlichen Eingliederung geht.

Aber die EU ist, so wie Herr Obama, mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet – was für ein Hohn. Dabei sollten wir nicht vergessen, die BRD beansprucht nicht nur die führende Rolle in der EU, sie übt sie auch aus. Sie wäre also zuerst verpflichtet, gegen die Politik der USA und für die Lösung der Ursachen der Flüchtlingsströme aufzutreten. Das ist auch in den nächsten Jahren nicht zu erwarten.

Die BRD hat ein Tor der „Festung Europa“ für Flüchtlinge ohne Abstimmung mit der EU und den anderen Mitgliedsstaaten geöffnet. Diese Politik führte zu katastrophalen Verhältnissen in einigen europäischen Ländern, auch in der BRD. Der Staat und die Behörden waren und sind überfordert. Es waren vor allem die vielen freiwilligen Helfer, die den Flüchtlingen halfen. Ihnen gebührt Dank und Anerkennung.

Aber in der BRD gibt es auch eine andere Seite.

Vom Elend der Flüchtlinge profitieren nicht nur Schleuser, sondern auch Vermieter und viele andere. Schlimm ist, dass sich unsere Regierung als handlungsunfähig erweist, daß die Medien eine Atmosphäre der Angst schafft, Heime brennen und Flüchtlinge attackiert werden. NPD, AfD und Pegida haben die Möglichkeit, ihr nationalistisches Gedankengut bei Demonstrationen und Kundgebungen unter dem Schutz der Justiz und Polizei zu verbreiten.

Das Reden über Menschenrechte und Freiheit allein bewirken ohne Taten keine menschlichen Verhältnisse.

Setzen wir uns, liebe Genossinnen und Genossen, dafür ein, dass alle Menschen in Würde sicher und in Frieden miteinander leben können.

Dr. Milan Richter

Werter Genosse Hans Bauer!

Werter Genosse Armeegeneral Heinz Keßler!

Werte Waffenbrüder und Gleichgesinnte!

Im Namen des Nationalrates des KCP und meiner Genossen der tschechischen Delegation danke ich für die Einladung zur heutigen Zusammenkunft. Wir sind sehr froh, dass die wechselseitige Teilnahme an bedeutenden Zusammenkünften bei Euch in der BRD und bei uns in der Tschechischen Republik bereits zu einer Tradition geworden ist. Wir sind davon überzeugt, dass sich das auch künftig fortsetzen wird.

Dabei geht es nicht nur um offizielle Grußadressen, sondern um den Austausch von Ansichten und Erfahrungen aus unseren gemeinsamen Anstrengungen im Kampf für die historische Wahrheit über unsere Vergangenheit, für eine sozial gerechte Gesellschaft und für den Frieden in der Welt. Gerade diesen Zielen haben wir früher unseren Dienst gewidmet. Auf einer der vorangegangenen Versammlungen wurde in diesem Saal bereits gesagt: „Hätte es nicht die Aufklärungsdienste und die Grenzer der sozialistischen Staaten gegeben, hätten wir bereits seit langem Krieg in Europa.“ Die gegenwärtige internationale Situation bestätigt diese Auffassung sehr überzeugend.

Gestern haben wir über diese Dinge mit den leitenden Funktionären der GRH in Anwesenheit der ehemaligen Minister für Nationale Verteidigung der DDR und der CSSR, der Armeegenerale Heinz Keßler und Miroslav Vacek, gesprochen. Die gemeinsame Schlussfolgerung lautet, Erhöhung unserer Anstrengungen im Kampf gegen alle Kriegsvorbereitungen und im Kampf für den Frieden. Das ist die vorrangige Aufgabe der Gegenwart. Ich möchte unterstreichen, es geht schon nicht mehr um den Informationsaustausch an sich, sondern um konkrete Aktionen gegen Krieg und für den Frieden.

Der Klub der Tschechischen Grenzgebiete hat am 09. Mai dieses Jahres in Prag eine öffentliche Kundgebung anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung Prags durch die Rote Armee organisiert. Danach haben wir mit zwei Schiffen eine „Siegesfahrt“ auf der Moldau gemacht. Wir haben die entscheidende Rolle der UdSSR und ihrer Roten Armee bei der Zerschlagung des Faschismus und für die Erhaltung der menschlichen Zivilisation unterstrichen. Daran haben mehrere Hundert Bürger aus der ganzen Tschechischen Republik und gemeinsam mit uns auch eine Delegation der GRH unter Leitung von Hans Bauer teilgenommen. Seit 1989 war das die erste derartige Aktion in Prag in der Öffentlichkeit.

Die offiziell eingeladenen Vertreter des Staates haben sich entweder entschuldigt oder haben gar nicht reagiert. Sie haben die historische Wahrheit und unsere Proteste gegen die von der NATO mit den USA an der Spitze geführten Kriege gefürchtet.

Jährlich organisieren wir gemeinsame Aktionen mit unseren slowakischen Freunden besonders zum Gedenken an den Slowakischen Nationalaufstand und den Kampf der Angehörigen der

Tschechoslowakischen Armee und der Nationalen Sicherheitsorgane gegen die Banden in den Jahren 1945 bis 1947. Die Teilnahme der Vertreter der GRH, der Genossen Bauer, Leo, Kathert und Bosch an unseren Aktionen stärkt uns. Ich möchte hier ganz besonders dem Genossen Hermann Bosch für die Fortführung der Zusammenarbeit der Grenzer des ehemaligen 4. Grenzregiments der NVA in Heiligenstadt mit den Grenzern der 5. Grenzbrigade in Cheb danken wie auch für die bedeutende finanzielle Unterstützung der gesamtstaatlichen Veranstaltung am 9. Mai

dieses Jahres in Prag. Unser Dank gilt auch den Genossen Grenzern aus Posseck für deren aktive Zusammenarbeit mit den Grenzern der 5. Brigade in Aš. Die ehemaligen Brigaden der Grenztruppen und die ehemaligen Grenzer auch im Landesinneren erinnern in jedem Jahr an den 11. Juli 1951, als das Gesetz zum Schutz der Staatsgrenzen der Tschechoslowakischen Republik angenommen wurde. Dieses Gesetz schuf die rechtlichen Grundlagen für den militärischen Schutz und die pioniertechnische Sicherstellung des Schutzes der Staatsgrenzen.

Am 25. Juni 2016 wird bereits das 7. gesamtstaatliche Treffen der tschechischen Grenzer in Nymburk stattfinden. Wir erinnern auch dort an die Bedeutung dieses Gesetzes, das in einer Zeit angenommen wurde, da der Kalte Krieg drohte, zu einem weltweiten heißen Krieg zu werden. Gern werden wir zu diesem Treffen wieder eine Delegation der GRH begrüßen. Unsere Zusammenkunft wird das erste Mal ohne unseren früheren Kommandeur, Generalleutnant Ing. Frantisek Sadek, stattfinden, der am 04. Okt. 2015 verstorben ist und von dem wir uns am 08. Oktober mit militärischen Ehren verabschiedet haben. Zu seinen Ehren haben wird eine Publikation über sein Leben und seinen Dienst für das Vaterland herausgegeben.

Werte Genossen!

Heute legte unsere Delegation ein Gebinde am Grab des Begründers unserer Zusammenarbeit, Generaloberst Baumgarten, nieder.

Gestern hatte ich die Ehre, Auszeichnungen des KCP an den ehemaligen Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Keßler, an den Chef des Hauptstabes der NVA der DDR, Generaloberst Fritz Streletz, an Oberst Günter Leo, an Oberstleutnant Karl-Heinz Wendt und an Oberstleutnant Siegfried Hannig zu überreichen.

Ihnen und Ihnen allen, die Sie den Idealen, denen Sie gedient haben, treu geblieben sind, sagen wir Dank im Namen des Nationalrates des Klubs der Tschechischen Grenzgebiete und im Namen unserer Delegation. Wir wünschen allen eine gute Gesundheit und viel Kraft für die kommenden gemeinsamen Anstrengungen im Kampf für die historische Wahrheit, für Frieden und eine bessere Zukunft unserer Völker.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Miroslav Vacek

Werter Genosse Vorsitzender Hans Bauer!
 Werter Genosse Armeegeneral Heinz Keßler!
 Werter Genosse Generaloberst Fritz Streletz!
 Werte Freunde, Genossinnen und Genossen!

Ich danke für die Einladung zu Ihrer Zusammenkunft und schätze das sehr. Gern erinnere ich mich an unsere militärische Zusammenarbeit mit der NVA der DDR und mit den Grenztruppen.

Gemeinsam mit vielen von Ihnen haben wir ein Studium an sowjetischen Militärakademien absolviert. Es gab natürlich auch eine Zusammenarbeit zwischen der CSSR und der DDR auf Regierungsebene. Aber die militärische Zusammenarbeit musste uns niemand befehlen. Wir wussten ziemlich gut Bescheid über die militärischen Kräfte, die uns in der NATO gegenüber standen. Die meisten von uns haben bei Übungen unsere Wehrpflichtigen zur verantwortungsvollen Erfüllung ihrer Aufgaben geführt, sie zum sorgsamem Umgang mit der Militärtechnik und der entsprechenden materiell-technischen Sicherstellung befähigt. Das war keine einfache Aufgabe, und oft haben wir sie auf Kosten unseres persönlichen Lebens und das unserer Familien erfüllt. Die NVA der DDR befand sich in der wahrscheinlichen Richtung des Hauptschlages der NATO -Truppen Berlin - Warschau. Die Tschechoslowakische Volksarmee hätte ihre Aufgaben zwar in der Nebenrichtung Nürnberg – Prag erfüllt, aber diese Aufgabe war nicht leichter. Im Falle erfolgreicher Verteidigungskämpfe hatten wir uns auch entsprechend den Möglichkeiten bemüht, zu Angriffsoperationen überzugehen. Das leugnen wir überhaupt nicht, während die uns gegenüberstehenden Kräfte sich überhaupt nicht zu ihren Hauptzielen bekannnten.

Nach 1989 haben mich Berufssoldaten häufig gefragt, welchen Sinn unsere Arbeit überhaupt im Rahmen des Warschauer Vertrages gehabt hätte. Ich habe ihnen entsprechend meiner Überzeugung geantwortet, daß wir mit unseren bescheidenen militärischen Kräften und Mitteln einen neuen Weltkrieg verhinderten. Daß die Hauptlast auf der Sowjetunion lag, ist jedem, der die Geschichte objektiv bewertet, vollkommen klar. Und es ist wirklich nicht zum Krieg gekommen.

Im Auftrag der Kommunistischen Partei übernahm ich am 3. Dezember 1989 die Funktion des Ministers für Nationale Verteidigung der CSSR in der Regierung derjenigen, denen es gelungen war, mit der sogenannten „samtenen Revolution“ die Zerschlagung der sozialistischen Ordnung in unserem Land zu beginnen. Meine Aufgabe habe ich darin gesehen, zumindest Repressionen gegen 60.000 Berufssoldaten und 80.000 Zivilbeschäftigte zu verhindern. Gemeinsam mit meinen Generalen und Offizieren ist uns zumindest das eine oder andere gelungen. Einer dieser neuen Politiker hat nun nach Jahren unsere Arbeit so eingeschätzt, dass es zu Fehlern gekommen sei, als die Armee in die neue „demokratische“ Ordnung mit ungewöhnlichem Stolz eingetreten ist, was in vielen anderen sozialistischen Staaten nicht möglich war. Wenn immer wieder mancher den „samtenen“ Charakter des politischen Umbruchs hervorhebt, dann muß er auch anerkennen, dass das dank dem besonnenen Verhalten der damaligen politischen Führung unseres Staates und vielleicht auch dem Auftreten der Führung der Tschechoslowakischen Volksarmee geschuldet war. Es wurde kein Verrat geübt, sondern es erfolgte die Einschätzung aller unserer Möglichkeiten. Die damaligen politischen Repräsentanten der UdSSR, Gorbatschow, Jelzin und andere sollten ihren Hauptanteil an der Liquidierung der sozialistischen Gemeinschaft in Europa anerkennen. Wenn ich weitere Umstände der letzten Entwicklung der politischen Situation bei uns benennen sollte, dann muß ich anerkennen, dass Gleichgültigkeit und Passivität vieler Generäle, höherer Offiziere und Politarbeiter der Armee und im zivilen Bereich als Schande zu bezeichnen und nur schwer zu entschuldigen sind.

Wohin die gegenwärtige Entwicklung in der Welt geht, ist wohl jedem von uns klar. Den Vereinigten Staaten ist es gelungen, die Führungsposition in der Welt einzunehmen, noch auf Grund ihrer ökonomischen aber auch unzweifelhaft ihrer militärischen Kraft. Mit der transatlantischen Handels- und Investitionstätigkeit wollen sie Europa ihr System überstülpen, dem auch die EU und deren Staaten zum Opfer fallen werden. Schrittweise unterwerfen sie auch die militärischen Bereiche dieser Staaten, die sie zwingen, sich dort einsetzen zu lassen, wo sie selbst nicht gern militärisch tätig werden wollen. Es ist völlig verständlich, dass sie das angesichts ihrer tatsächlichen militärischen Kraft nicht nötig hätten. Aber um zu demonstrieren, dass es sich um einen demokratischen Prozeß handelt, brauchen sie so viel wie möglich solcher Staaten, die sich dafür

hergeben. Und das betrifft auch die Armee der Tschechischen Republik, wenn sie mit einigen Dutzend Soldaten der Hunderttausende starken Armee der USA hilft, die „Demokratie zu erweitern“, die schließlich oft abzieht, wenn sie erkennt, dass sie keinen Erfolg hat.

Die USA haben ihre Erfahrungen aus zwei Weltkriegen. Die Wirtschaft war besonders nach dem 2. Weltkrieg bei den Gegnern, auch beim Verbündeten, die UdSSR, zu 90% vernichtet. Demgegenüber wurde die Ökonomie der USA gestärkt. Im Krieg starben 50 Millionen Menschen und wieder sehen wir etwas ähnliches, wie in der Ökonomie, wenn dabei 27 Millionen Bürger der UdSSR, 10 Millionen Deutsche starben und lediglich etwa 400.000 Amerikaner. Bei der Befreiung der Tschechoslowakei kamen 144.000 Rotarmisten und lediglich 97 Soldaten der USA um. Die Feierlichkeiten anlässlich des Sieges werden heute bei uns vorwiegend zu ihren Ehren durchgeführt, auch wenn sie lediglich 8 % unseres Territoriums befreit haben. Ihr Selbstbewusstsein ist auch nach dem Kriege gewachsen. Sie siegten zwar weder in Korea, noch in Vietnam oder in Afghanistan und in Südamerika. Sie setzen ihre „Revolutionen“ fort auch mit ihrem Widerstand gegen totalitäre Regime in Nahen und Mittleren Osten und versuchen das auch in Afrika. Ihre Kriege führen zu einem Zerfall des Staatsapparates in diesen Ländern und zu einer unkontrollierbaren Führungslosigkeit, zu Doppelregierungen und zu Kämpfen der Stammesführer untereinander. Wenn erforderlich, dann machen sie das vor allem zur militärischen Annäherung an die Russische Föderation, wie zum Beispiel in der Ukraine. Dank Präsident Putin gelingt ihnen das bisher nicht nach ihren Vorstellungen. Sie bemühen sich tatsächlich um eine Zersplitterung der Russischen Föderation und um die Beseitigung all derer, die die Streitkräfte der Russischen Föderation wieder auf das erforderliche Niveau gehoben haben. Die Vereinigten Staaten müssen um ihre wirtschaftliche Kraft fürchten, wenn es mit der Zeit den BRICS – Staaten (Brasilien, Rußland, Indien, China, Südafrika) gelingt, ihre Ziele zu realisieren und den zweifelhaften Wert des US-\$ zu beseitigen. Das würde auch zu einem politischen Zerfall der USA führen. Was sie nicht zulassen dürfen. Deshalb sprechen sie auch von einer möglichen Verteidigung ihrer Interessen durch die Entfesselung eines Weltkrieges. Die Russische Föderation betrachten sie als gefährlichen Rivalen beim Gleichgewicht der atomaren Waffen, aber als unvergleichlich schwachen Gegner bei den herkömmlichen Waffen. Die militärischen Aktionen in den letzten Tagen in Syrien sagen ihnen überhaupt nicht zu, da diese davon zeugen, was sie nicht erwartet haben.

Ich selbst habe viele Vorbehalte gegenüber dem, was sich in den vergangenen 25 Jahren in unserem Lande abgespielt hat. Unsere Republik besitzt praktisch nichts mehr von dem, worauf wir berechtigt stolz sein konnten. Die besten Industriebetriebe gehören ausländischen Investoren, die uns versorgende Landwirtschaft wurde den Enkeln der ehemaligen Eigentümer zurückgegeben, die sie aber nicht bearbeiten, sondern sie lieber verpachten. Für viele wurden wir zu verlängerten Werkbänken und das, was erfolgreich im Ausland konkurrieren konnte, wurde oftmals bewusst liquidiert.

Das Leben unserer Menschen geht weiter. Die Bürger verstehen schon besser die Lügen, die vor einem Vierteljahrhundert erzählt wurden. Und gerade diejenigen sind mit vielen Dingen nicht einverstanden, die von ihrer eigenen Arbeit leben. Wir haben immer mehr Millionäre und es werden immer mehr, die gelernt haben, sich straffrei zu bereichern. Die Jugend hat es schwer, sich zu orientieren und vielen reicht zur Zufriedenheit nur das, dass sie keine Verpflichtung haben, zu arbeiten. Die Eltern haben nicht genügend Zeit und Mittel, sie besser zu erziehen, und wenn es erforderlich ist, so übernehmen die Medien aller couleur sehr wirkungsvoll „die erfolgreiche Erziehung“.

Werte Freunde und Genossen!

Lassen Sie mich Ihnen die herzlichen Grüße von vielen ehemaligen Angehörigen der CSLA, der Grenztruppen übermitteln und Ihnen auch für weitere Jahre genügend Gründe für Zufriedenheit bei der Arbeit und im persönlichen Leben zu wünschen.

Sygmund Seynik

Sehr geehrter Vorsitzender, liebe deutsche Freunde, ich freue mich, daß ich die Ehre habe, heute an dem bedeutenden 30. Grenzertreffen teilnehmen zu dürfen.

Bei der vorjährigen Zusammenkunft Eurer Organisation haben mich die kritischen Auseinandersetzungen über die Politik der Regierungen in Europa und den USA beeindruckt, sowohl über die Weltpolitik als auch zu den Auseinandersetzungen in der Ukraine.

In diesem Jahr wachsen die Auseinandersetzungen und Spannungen in der ganzen Welt und auch in Europa. Das sind die ökonomischen und politischen Probleme, zum Beispiel in Griechenland, oder die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine, die Kriege in Syrien und den anderen arabischen Staaten. Dazu kommen jetzt die Probleme mit den Emigranten. Es ist die größte Völkerwanderung seit dem II. Weltkrieg. Hunderttausende Asylsuchende kommen aus Afrika und dem Nahen Osten unkontrolliert nach Europa. In diesem Zusammenhang wachsen in einigen Ländern die Stimmen gegen die Emigranten, besonders in Ungarn, aber auch in Polen.

Bei uns in Polen organisieren nationalistische Organisationen Kundgebungen gegen diese Flüchtlinge. Sie treten mit feindlichen Äußerungen auf. So vertreten die extremen rechten Politiker die Meinung, das viele, besonders afrikanische Zuwanderer nur aus ökonomischen Gründen nach Europa wollen und dabei besonders nach Deutschland. Nach unseren Erkenntnissen stammen praktisch 62% der Einwanderer aus Eritrea, Syrien und Afghanistan. In diesen Ländern herrschen Krieg und starke politische und religiöse Auseinandersetzungen. Von diesen Einwanderern haben nur 70% die Chance für ein Asyl in Europa. Und jetzt fangen einige Länder an, einen stabilen Grenzzaun zu bauen. Aber aus unseren Erfahrungen ist das keine Lösung. Eine bessere Lösung wäre, die Ursachen der Kriege in diesen Ländern, besonders aber in Syrien, zu beseitigen und nicht neue Kriege zu entfachen. Notwendig wäre es nach unserer Auffassung, daß endlich die UNO schnell eine politische, zur Beendigung der Kriege führende Lösung schaffen.

Liebe Freunde,

morgen am 25. Oktober finden in Polen die Wahlen zum Polnischen Parlament, dem Sejm, statt. Von den neuen gewählten Abgeordneten wird abhängen, welche Regierung gewählt und wie die weitere Politik Polens in der EU sein wird. Vermutlich werden die rechten Kräfte die Mehrheit erhalten. Ich hoffe nur, daß unsere Regierungen in Polen und Deutschland weiterhin für den Zusammenhalt unserer Länder und Europas und für die Interessen unserer Menschen eintreten werden.

Im Namen der polnischen Delegation wünsche ich Euch weiterhin viel Erfolg in Eurer beispielhaften Tätigkeit zur Durchsetzung der Interessen Eurer Mitglieder sowie persönlich viel Gesundheit und Schaffenskraft.

Dr. Artur Pech

Am 6.Juli 1950 unterzeichneten Otto Grotewohl und Josef Cyrankiewicz in Zgorzelec das „Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch – polnischen Staatsgrenze“.

Dem folgten Jahrzehnte heftiger Auseinandersetzungen. Noch im Jahr 1998 schrieb der gegenwärtige Bundespräsident von dem groben Unrecht, „das die Kommunisten noch zementierten, als sie 1950 die Oder-Neiße-Grenze als neue deutsch-polnische Staatsgrenze anerkannten“.

Die Grenzmarkierung und ihre Dokumentation wurden am 27.Januar 1951 in Frankfurt / Oder in einem abschließenden Akt fixiert.

1956/57 erfolgte auf Vorschlag der VR Polen und der CSR die Festlegung und Markierung des Berührungspunktes der drei Staatsgrenzen.

Der am 28.Oktober 1969 folgende Vertrag über die Rechtsbeziehungen an der gemeinsamen Staatsgrenze sowie über die Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe in Grenzangelegenheiten regelte auch die Grenzmarkierung.

Am 13.Juni 1989 trat der Vertrag über die Abgrenzung der Seegebiete in der Oderbucht in Kraft. Das war der Schlußpunkt der Verträge der DDR über die Oder-Neiße-Grenze. Bereits einige Monate später stellte sich die Frage, was von all diesen Verträgen der Deutschen Demokratischen Republik mit der Volksrepublik Polen bleiben würde.

1990 setzte die Zustimmung der vier Mächte zur deutschen Einheit das Bekenntnis zur Oder-Neiße-Grenze voraus. Im „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ („Zwei plus Vier-Vertrag“) hieß es, daß das vereinte Deutschland und die Republik Polen „die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag“ bestätigen. Artikel 1 des entsprechenden Vertrages vom 14.November 1990 war für die BRD Tabubruch, denn er bestätigt ausdrücklich, daß sich der Verlauf der Grenze nach dem über Jahrzehnten verfehmten Abkommen von Zgorzelec und den zu seiner Durchführung und Ergänzung geschlossenen Vereinbarungen richtet.

Schließlich ist der am 25.April 2010 in Kraft getretene Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Vermarkung und Instandhaltung der gemeinsamen Grenze auf den Festlandabschnitten sowie den Grenzgewässern und die Einsetzung einer ständigen deutsch-polnischen Grenzkommission zu nennen. Nach diesem Vertrag soll ab 2018 unter Zusammenführung und Dokumentation aller Ergebnisse aus den verschiedenen Arbeitsepochen eine neue Grenzdokumentation erstellt werden. Mindestens bis dahin ist die durch den Chef der Grenztruppen der DDR als Hauptgrenzbevollmächtigtem bestätigte Grenzdokumentation weiter gültig.

Der Berührungspunkt der Staatsgrenzen Tschechiens, Polens und der BRD wird im 2010 in Kraft getretenen Vertrag zwar erwähnt, aber nicht geregelt. Gleiches gilt für die Verträge der BRD mit Tschechien. Auf diesem Punkt wird zwar verschiedentlich Bezug genommen, geregelt ist er allerdings nur im dreiseitigen Protokoll von 1957.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bis heute das „Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze“ vom 6.Juli 1950 nicht verdaut.

Die Linksfraktion im Deutschen Bundestag fragte 2013 die Bundesregierung, ob die BRD an die Bestimmungen des Görlitzer Abkommens vom 6.Juli 1950 gebunden ist. Die Frage wurde nicht beantwortet. Stattdessen wurde auf die Antwort verwiesen: „Die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland sind im Verhältnis zur Republik Polen durch den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze vom 14.November 1990 völkerrechtlich verbindlich festgelegt.“ Und da heißt es: „Die

Vertragsparteien bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze, deren Verlauf sich nach dem Abkommen vom 6. Juli 1950 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze und den zu seiner Durchführung und Ergänzung geschlossenen Vereinbarungen... bestimmt.“

Ein solches über die Bande macht nur Sinn, wenn hier etwas offen gehalten werden soll. Das Bekenntnis zum Görlitzer Abkommen wird also vermieden. Zugleich wird aber auch die Behauptung vermieden, dieses Abkommen sei obsolet.

Die Bundesrepublik Deutschland hat weit über 100 völkerrechtliche Übereinkünfte der DDR mit Polen für Erloschen erklärt. Darunter sind auch den Grenzverkehr betreffende Verträge. Das Abkommen von Zgorzelec und der Grenzvertrag der DDR mit der Volksrepublik Polen sind nicht dabei. Beide sind Bezugspunkte völkerrechtlicher Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit Polen. Auch deshalb entziehen sie sich einer einseitigen Annullierung durch die BRD. Voraussetzung dafür wäre eine Vereinbarung mit Polen, wie sie mit der Tschechischen Republik getroffen wurde. Da steht, bis wann welche Grenzverträge zwischen der DDR und der CSSR weiter galten bzw. welche Teile noch heute gelten.

Zusammenfassend kann der Schlußfolgerung von Daniel Erasmus Kahn in seiner Darstellung zur deutsch-polnischen Grenze zugestimmt werden. „Es herrscht damit Einvernehmen darüber, daß die heutige Delimitation und Demarkation der gemeinsamen Staatsgrenze auf den im einzelnen dargelegten Festsetzungen der Rechtsinstrumente aus den Jahren 1950, 1951 und 1989 beruht.“

Aus aktueller Sicht ist die Betrachtung zur Wirkung des Görlitzer Abkommens von 1959 zu ergänzen. Wenn es um die Aufhebung des visafreien Reiseverkehrs zu Polen geht, ist meist von 1980 die Rede. Die gleiche Maßnahme zum 3. Oktober 1990 wird übergangen. Visafrei wurde der Verkehr erst wieder, nachdem sich Polen zur Einhaltung der EU – Vorgaben für sein Grenzregime verpflichtet hatte. Das hatte gravierende Wirkungen. So viel wie zu der Zeit, in der Oder und Neiße die EU – Außen- und Schengengrenze waren, dürfte sonst an diesen Flüssen seit April 1945 nicht gestorben worden sein. Mittlerweile ist diese Problem an den Bug umgezogen. Erledigt hat es sich damit freilich nicht.

Günter Grass schrieb 2011. „ Es ist dringend nötig, daß sich in Europa Bürgerinnen und Bürger zusammen tun, um auf einen ungeheuerlichen Skandal aufmerksam zu machen: das tausendfache, von unseren Behörden und Regierungen weitgehend vertuschte, Massensterben an den Außengrenzen der Europäischen Union. Mit dem Abbau von Mauer und Stacheldraht im Innern hat sich die Festung Europa gegenüber ihren Nachbarregionen nur um so mehr abgeschottet. Die Wachtürme, die einst das Bild am ‚Eisernen Vorhang‘ prägten, sind nicht verschwunden, sondern nur um einige hundert Kilometer versetzt worden.“

Im letzten Jahr ist das Grenzregime der EU an ihren Außengrenzen nun selbst an seine Grenzen gekommen. Die Wirkungen des von den USA, der NATO und der EU verfolgten „Regime-Change“ zur Neuordnung der Welt nach ihren Maßstäben beginnen ihre Urheber einzuholen. Und da fällt ihnen nichts Besseres ein, als die Militarisierung ihrer Grenzen, als der Einsatz von Streitkräften gegen Zivilisten.

In der FAZ vom 5. Oktober 2015 antwortete der zuständige griechische Minister auf Fragen zum Umgang mit Flüchtlingen: „Wir können die Menschen von Soldaten bewachen lassen. Wir werden unser Land nicht in ein Konzentrationslager verwandeln. Wir haben nicht vor, die Leute einzusperren.“ Am 20. Oktober war dann in der FAZ zu lesen, daß man nun „möglicher Weise mit häßlichen Bildern leben muß“. Die Militarisierung des EU-Grenzregimes steht auf der Tagesordnung. In deutschen „Transitzonen“ soll passieren, was das griechische Minister verweigert hat. Grenzfragen sind nicht erledigt. Nicht an Oder und Neiße und auch anderswo nicht. Sie stellen sich in veränderter Gestalt. Und wir sind gut beraten, unser Gedächtnis um die eigenen Konflikte zu bewahren und uns mit diesem Wissen den neuen Konflikten zu stellen.

Dr. Rolf Ziegenbein

Liebe Freunde und Genossen,
gemeinsam mit Manfred Kleemann, dem vormaligen Leiter der AG Grenze, hatte ich am 1. Juli diesen Jahres an der Veranstaltung im Rathaus in Eisenhüttenstadt aus Anlass des 65. Jahrestages der Unterzeichnung des Abkommens über die Oder- Neiß- Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen teilgenommen. Diese Veranstaltung war nicht nur gut besucht, sondern sie hatte auch ein hohes Niveau bezüglich der Erhellung der historischen Zusammenhänge zur Vorgeschichte und zu den bis heute reichenden Folgen dieser Vertragsunterzeichnung. Artur Pech hat dazu gesprochen. Ich möchte hier aber hervorheben, dass Artur nicht nur der Initiator dieser Konferenz war, sondern dass er sich auch ein außerordentlich umfangreiches Faktenwissen zu dieser Grenze und ihrer Markierung erarbeitet und auch in einer

Broschüre dokumentiert hat. Es ist erstaunlich, wie viel Neues zum Thema man heute noch erfahren kann, und es ist politisch bedeutsam, weil die DDR und die VR Polen zu einer Zeit diese Grenze anerkannten und markierten, als in der BRD diesbezüglich noch der Revanchismus blühte. Die BRD wird nur ungern daran erinnert.

Es ist verständlich und legitim, dass wir uns als ehemalige Grenzer für alle Ereignisse und Zusammenhänge um die deutschen und europäischen Grenzen in der Gegenwart besonders interessieren. Aus dieser Sicht begrüße ich auch die Thematik unserer heutigen Zusammenkunft. Noch besser ist es, wenn wir entsprechend unserer Möglichkeiten in angemessener Weise aktiv werden, so wie es eben Artur praktiziert hat und praktiziert. Mich hatte die erste Absichtserklärung Ungarns aktiviert, am ehemaligen Eisernen Vorhang erneut Grenzsperrungen zu errichten, ausgerechnet Ungarn, das als Mitglied des Warschauer Vertrages erstmals die Grenzen öffnete und ihre geschlossene Existenz als unzeitgemäß und widernatürlich bezeichnete. Mein Leserbrief dazu wurde am 01.07. im ND, wenn auch gekürzt, veröffentlicht. Heutzutage schreibt jede Zeitung über diesen Zusammenhang. In und um Europa wird munter an Grenzbefestigungen gebaut, was vor drei Jahrzehnten noch als unmenschlich galt.

Bekanntlich habe ich gemeinsam mit Artur Pech und mit Hartmut Jentsch, der zuletzt Stellvertreter des Chefs der Politischen Verwaltung der Grenztruppen war, eine Broschüre mit kritischen Standpunkten zu unserer Geschichte publiziert. Das hat einiges Aufsehen erregt und mancher meinte gar, wir stünden auf der anderen Seite der Barrikade. Unser praktisches Verhalten zeugt aber vom Gegenteil. Dabei bleiben wir bei unserer Überzeugung, dass es in unserer Vergangenheit Kritikwürdiges gab. Hätten wir manches anders, besser gestaltet, wäre uns 1989 nicht so viel auf die Füße gefallen. Wir waren nicht unfehlbar und werden es auch durch Wiederholung nicht. Natürlich, jede Berufsgruppe hört sich auf solchen Treffen wie dem heutigen gern Reden an, wie gut sie in ihrer Geschichte war, aber das darf kritische Rückblicke nicht ausschließen. Ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich betonen, dass ich es für richtig halte, dass sich diese zentralen Grenzertreffen nicht auf „Kaffeekränzchen“ reduzieren, sondern dass über Inhalte gesprochen wird. Von diesen Treffen ohne Inhalt gibt es in den ehemaligen Standorten ohnehin einige. Und noch ein Gedanke: Natürlich freut man sich, wenn man einen vollen Saal vorfindet. Wir sollten uns aber immer auch darüber im Klaren sein, dass viele unserer ehemaligen Mitstreiter eben nicht an diesen Treffen teilnehmen, nicht nur aus gesundheitlichen Gründen, sondern eben auch, weil sie die hier vertretenen Standpunkte zu unserer eigenen Geschichte nicht teilen.

Eine Bemerkung zur Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik. Da auch hier das Alter fortschreitet, hat sie sich als Verein am 8. Oktober aufgelöst und ihre Arbeit beendet. An der Veranstaltung zur Auflösung hat der hier anwesende Admiral a. D. Theo Hoffmann teilgenommen und die bemerkenswerten Leistungen der Studiengemeinschaft gewürdigt. Hier haben Wissenschaftler eben nicht nach ihrer Entlassung alles in die Ecke geworfen, sondern weiter gearbeitet. In den letzten Wochen sind noch zwei bemerkenswerte Veröffentlichungen entstanden. Zum einen ist die historisch- kritische Betrachtung zur Geschichte der Militärakademie selbst, die 2009 erschien, nunmehr bis zur Auflösung der Akademie 1990 fortgeschrieben worden. Es wurde in dem neuen Heft außerordentlich viel Tatsachenmaterial zu den letzten Jahren der Existenz der Akademie und der NVA und zu dem Prozess der sogenannten Vereinigung zweier deutscher Armeen verarbeitet, der letztlich eine Farce war. Im Heft ist auch ein Beitrag von Heinz Weidner enthalten, der von Herkunft Grenzer war und in der Politabteilung der Akademie als Oberlektor mehr als ein Jahrzehnt tätig war. Er dürfte Vielen hier bekannt sein. Ein zweites Heft zieht ein Resümee der Tätigkeit der Studiengemeinschaft in ihrer Gesamtheit und insbesondere in den letzten Jahren. Darin ist auch ein Beitrag aus meiner Feder zu den Auseinandersetzungen bezüglich der Geschichte von Grenzregime und Grenztruppen der DDR enthalten. Es bleibt ein Verdienst der Studiengemeinschaft, dass sie das aus der DDR herrührende Verständnis für Frieden und entmilitarisierte Sicherheit bewahrt und fortgesetzt, auch weiter entwickelt hat. Es ist offensichtlich, dass ein solches Denken in der Bundeswehr von heute keinen Platz hat.

Die Hefte sind wie bisher über Lothar Glaß erhältlich, Tel.: 0351 4707918

Dr. Klaus Emmerich

Wie jede Staatsgrenze auf der Welt hatte auch die *Staatsgrenze der DDR* ihre spezifischen Besonderheiten. Sie war nicht nur eine Grenze zwischen Staaten, sondern war eine Trennlinie zwischen dem Warschauer Vertrag, dem die DDR angehörte und dem NATO-Staat- BRD.

Eigentlich keine Besonderheit, sondern eine unumstößliche Wahrheit: Der Verlauf der Staatsgrenze ist nicht gleichzusetzen mit den Sicherungsanlagen, egal welcher Art sie waren. Diese befanden sich ausschließlich auf dem *Hoheitsgebiet*, Territorium, Staatsgebiet der DDR. Der Bau, ihre Art und ihr Verlauf (der Abstand von der Staatsgrenze) wurden grundsätzlich durch die dafür zuständigen Organe der DDR auf der Grundlage der Rechtsvorschriften und darauf beruhenden dienstlichen Bestimmungen festgelegt. Ich gehe davon aus, dass bestimmte Ausnahmen (ich denke hier an das Verlegen von Minen) von den zuständigen Organen der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) bestimmt wurden. Wenn alle Sicherungsanlagen der DDR sich ausschließlich auf ihrem Hoheitsgebiet befanden, folgt daraus, dass eine Identifizierung vom Verlauf der Staatsgrenze DDR/BRD mit den Sicherungsanlagen nicht nur falsch, sondern irreführend ist. Gerade zwischen beiden deutschen Staaten wurde entsprechend des Grundlagenvertrages aus dem Jahre 1972 eine Grenzkommision gebildet, die die Staatsgrenze vermessen, teilweise festgelegt und markiert hat. Der vereinbarte neue Grenzstein trug auf einer Seite das Kürzel: DDR.

Im Grenzgesetz vom 25. März 1982 sind, ausgehend von der Verfassung der DDR insbesondere Artikel 7 die Grundsätze geregelt. Das Grenzgesetz lautet in seiner Präambel:

„Die strikte Achtung und Einhaltung der allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts, darunter die Achtung der Souveränität, der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen, der territorialen Integrität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, ist eine wesentliche Voraus-

setzung für die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen, der Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen den Staaten und die entscheidende Grundlage einer stabilen Friedensordnung. In Wahrnehmung ihrer souveränen Rechte gestaltet die DDR ihre Beziehungen in Grenzangelegenheiten mit den benachbarten Staaten in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und organisiert den Schutz der Staatsgrenze einschließlich ihres Luftraumes und der Territorialgewässer...“

Das Grenzgesetz definiert im I. Abschnitt, was die DDR unter Hoheitsgebiet, Staatsgrenze, Seegewässer, Territorialgewässer, Innere Seegewässer, Grenzgewässer, Markierung und Kennzeichnung der Staatsgrenze und Grenzgebiete verstand. Messlatte war immer das Völkerrecht! Dieses Gesetz bestimmte gleichfalls die Grundsätze für das Überschreiten der Staatsgrenze an den GÜSt, im Transitverkehr sowie den Verkehr über die Seegrenze, den Aufenthalt ausländischer Wasserfahrzeuge und Kriegsschiffe, die friedliche Durchfahrt, Überflug über die Staatsgrenze, Grenzverletzungen, die Verantwortung für den Schutz der Staatsgrenze, die Befugnisse der Grenztruppen wie das Recht zum Betreten, die Beseitigung von Gefährdungen und Störungen, Personalienfeststellung und Klärung von Sachverhalten, Durchsuchung und Verwahrung, Gewahrsam, die Durchsetzung von Maßnahmen der Grenztruppen, die Anwendung von Schusswaffen, die Maßnahmen bei Luftraumverletzungen, die Kontrollrechte und das Einbringen von Wasserfahrzeugen, das Recht der Nacheile sowie die Befugnisse der anderen Schutz- und Sicherheitsorgane, der Grenzbevollmächtigten und Grenzkommissionen.

Von besonderer Bedeutung, aber oftmals übersehen oder unterschätzt wird die „Anwendungsregel“, gefaßt im § 39. Sie lautet: „Die Bestimmungen dieses Gesetzes sind an der Staatsgrenze zu Berlin (West) entsprechend anzuwenden. Bestehende Rechte und Zuständigkeiten in Berlin (West) werden davon nicht berührt.“

In den Folgebestimmungen, Grenzverordnung und Grenzordnung, wurden die Details geregelt, die sich z.B. auf die Bestimmungen für die Grenzgebiete, auf Arbeiten im Schutzstreifen, Veranstaltungen, Meldepflichten, Ordnungen in den Grenzgebieten auf den Grenzgewässern und Seegewässern zur BRD, CSSR und der VR Polen bezogen.

Nun wird ja immer wieder auch von Gleichgesinnten und Freunden behauptet, die Grenzfragen zwischen beiden deutschen Staaten hätten sich de facto mit dem 9. November 1989 erledigt.

Die Hessische Landesregierung, die gewiss nicht zu meinen Freunden gehört, hat es aber nicht versäumt, mich pauschal zum 25. Jahrestag des Anschlusses der DDR an die BRD einzuladen. In der Einladung, die unter dem Motto „Grenzen überwinden“ stand und die mit Parolen des Kalten Krieges umrahmt wurde, hieß es z.B. auch kommentarlos: „INNERDEUTSCHE GRENZE“

Die Staatsgrenze der DDR in ihrer Gesamtheit trennte bis zum 3. Oktober 1990 ihr Hoheitsgebietsgebiet von dem der Nachbarn BRD, CSSR und VR Polen.

Aus der Staatsgrenze zwischen beiden deutschen Staaten entstand mit diesem Datum um 0.00 Uhr eine innerdeutsche Grenze zwischen den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig - Holstein sowie Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen, Thüringen und Niedersachsen sowie Hessen und Bayern, Sachsen und Bayern.

Anders ausgedrückt: Am 03. Oktober 1990, 0.00 Uhr, wurde aus der Staatsgrenze BRD / DDR eine innerdeutsche Grenze zwischen alten und angeschlossenen Ländern der BRD.

Wenn die Staatsgrenze gemeint ist, aber INNERDEUTSCHE GRENZE gesagt oder geschrieben wird, dann wird nicht nur die Staatlichkeit beider deutscher Staaten ignoriert, sondern in Zeiten des Kalten Krieges zurückgefallen.

Wer im Jahre 2015 die Staatsgrenze zwischen beiden deutschen Staaten als innerdeutsche Grenze bezeichnet, pflegt einen Mythos. Er ignoriert die Tatsache, dass es diese zwei deutschen Staaten überhaupt gab. Die Pflege dieses Mythos in den Medien aller Art, in sogenannten Gedenkstätten

und anlässlich von Staatsfeiertagen wurde über Jahrzehnte eingeübt und stellt meines Erachtens eine Lüge dar, die auch von uns, die es besser wissen, nicht einfach hingenommen werden darf.

Die Feststellung von Bundeskanzler Willy Brandt am 15. Februar 1973 im Deutschen Bundestag zum Grundlagenvertrag, als er erklärte: „Ob uns es passt oder nicht, ... aus Demarkationslinien wurden Staatsgrenzen“ gilt auch noch nach 25 Jahren Anschluß der DDR an die BRD, gleichermaßen für der Begriff „INNERDEUTSCHE GRENZE“!

Die Staatsgrenze zwischen der DDR und Polen wurde durch Vertrag vom 6. Juli 1950 festgelegt. Die Staatsgrenze wurde als „Oder-Neiße-Friedensgrenze“ bezeichnet. Mit *Beitritt der DDR* zum Grundgesetz der BRD wurde aus der Staatsgrenze zwischen der DDR und Polen die deutsch-polnische Staatsgrenze.

Im Vertrag zwischen der BRD und der Republik Polen vom 14. November 1990 wurden die zwischen ihnen bestehende Grenze aus dem Jahre 1950 bestätigt.

Der Vertrag vom 12. September 1990 zwischen beiden deutschen Staaten und den ehemaligen Besatzungsmächten („Zwei-plus-Vier-Vertrag“) schuf die Voraussetzungen für diesen Vertrag vom 14. November 1990.

Die gemeinsame Staatsgrenze zwischen der DDR und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik wurde von der historisch entstandenen Grenze gebildet und im Vertrag vom 27. März 1957 festgelegt. Mit Vertrag zwischen ihnen vom 4. Dezember 1980 wurden der Verlauf und die Markierung am Dreiländereck DDR/CSSR/VR Polen sowie am Dreiländereck DDR/CSSR/BRD festgelegt und beschrieben. In der Zeit vom 04.03.1982 bis 06.12.1996 wurden 19 Treffen der Grenzbevollmächtigten und 31 Tagungen zu Vermessungsfragen durchgeführt. Das geschah, obwohl die DDR an die BRD angeschlossen war und die CSSR sich als Staat auflöste und in zwei Teile zerfiel. Das „Grenzurkundenwerk“ allein über den sächsischen Grenzabschnitt umfasst 780 Seiten. Für den bayrischen Grenzabschnitt sind es etwa 2.500 Seiten.

Das Hoheitsgebiet (auch Territorium, Staatsgebiet) der DDR umfasste wie jedes andere nicht nur die Erdoberfläche mit allen Wasserflächen, sondern auch den darüber befindlichen Luftraum und das Erdinnere.

Der Verlauf der Staatsgrenze (Seegrenze) in der Lübecker Bucht zur BRD „bzw. den gegenüberliegenden Staaten“ wird ebenfalls im Grenzgesetz und seinen Nachfolgebestimmungen geregelt. Dazu gehören die Bestimmungen über die „Territorialgewässer“, die „Küstenlinie“, die „Grundlinie“, die „Seegewässer“ und „Inneren Seegewässer“.

Die „sture“ Haltung der BRD zum Grenzverlauf in einem Teil der Elbe geschah wider besseres Wissen! Beispiel ist die 87. Kabinettsitzung der Bundesregierung vom 06. November 1974 zu den „Verhandlungen mit der DDR über den Problembereich Elbe“.

Die Grenze um Westberlin war eine innere Grenze der DDR, weil sich Westberlin inmitten und auf dem Hoheitsgebiet (Territorium) der DDR befand. Die allgemeinen völkerrechtlichen Regeln, die für eine Staatsgrenze gelten, wie z.B. die Ausdehnung in die Höhe bis an die Grenze von Luft zum Weltraum oder in die Tiefe, galten für das Gebiet von Westberlin nicht. Westberlin war kein Bestandteil oder Teil der BRD, auch wenn das gern behauptet wurde und wird. Alle diesbezüglichen Regelungen der BRD wurden von den Westalliierten suspendiert.

Die Bezeichnung/Benennung der Grenze um Westberlin während der 41jährigen Existenz der DDR als Staatsgrenze ändert nichts an der dieser skizzierten Realität.

Frank Liebholdt

Die Grundorganisation Königs Wusterhausen und Umgebung der Deutschen Kommunistischen Partei übermittelt dem Jubiläumstreffen der Arbeitsgruppe Grenze der GRH solidarische und brüderliche Kampfesgrüße. Wir stimmen mit Euch überein, dass die DDR die bisher fortschrittlichste Errungenschaft war, welche die deutsche Arbeiterklasse in ihren Kämpfen erringen konnte. Dass diese Errungenschaft verteidigt wurde, auch mit Mitteln der verdeckten Aufklärung, wie sie unser Ministerium für Staatssicherheit anwendete sowie eben mit der militärischen Form der Grenzsicherung, die darin bestand, Grenzsicherungsanlagen zu errichten und zu bewachen, halten wir für völlig legitim.

Aber wieso sage ich eigentlich „Ihr“ und „Wir“? Ich bin doch selbst einer von Euch, habe sozusagen als „Grenzer der letzten Stunde“ gedient. Als Offizierschüler an der Offiziershochschule der Landstreitkräfte „Ernst Thälmann“ der NVA von 1982 bis 1985, Fachrichtung Pionierwesen, damals am Standort Zittau, hatte ich mich im 2. Studienjahr entschieden, meinen Dienst als Offizier bei den Grenztruppen der DDR anzutreten. Als „blutjunger Leutnant“ war ich 1985 in der Minenräumkompanie sowie der Pionierkompanie 4 (PiK-4) an der Räumung der letzten erdverlegten Minen beteiligt. Im gleichen Jahr wurde ich dann Pionierzugführer in der Kompanie zur Sicherstellung der Grenzsicherung im I. Grenzbataillon des Grenzregiments-4 am Standort Klettenberg und blieb dies bis 1987. Danach wurde ich der PiK-4 mit meinem Zug „zukommandiert“ und schließlich in der PiK-4 als Stellvertreter des Kompaniechefs für Bauausführung eingesetzt.

In den Zeiten der Konterrevolution habe ich dann als Oberleutnant und amtierender Kompaniechef der PiK-313 (die noch kurz vorher von PiK-4 in PiK-313 umbenannt und direkt dem Grenzkommando Süd unterstellt worden war), Grenzübergangsstellen mit eröffnet, Grenzanlagen abgebaut und immer darauf geachtet, dass unsere Niederlage als geordneter Rückzug und nicht als heillose Flucht erlebt wird. Ich habe damals zu „meinen“ Soldaten und Unteroffizieren gesagt: „Solange wir eine militärische Einheit sind, und ich Euer Kompaniechef bin, werden Anarchie und Chaos bei uns keinen Einzug halten“. Ziemlich genau erinnere ich mich an einen Befehl, den der damalige „Minister“ (Ver-)Eppelmann irgendwann im Sommer 1990 erließ. Über die Ausrichtung dieser letzten verräterischen DDR- „Übergaberegierung“ muß ich hier wohl niemanden agitieren. Er befahl, die Hoheitszeichen der DDR von den Fahrzeugen zu entfernen. Ich habe mich vor „meine“ Soldaten und Unteroffiziere hingestellt und gesagt: „Das ist von diesem Herrn so befohlen. Ich erteile Euch diesen Befehl nicht. Wer ihn befolgen will, soll dies tun. Jeder Militärfahrer, der sein Hoheitszeichen an seinem Fahrzeug dran lässt, kann von mir Rückendeckung gegen jegliche Maßregelungen erwarten.“

Etwa 60% der Fahrzeuge „meiner“ Kompanie fuhren bis zum 02.10.1990 mit DDR-Hoheitszeichen.

Nach dem Ende der DDR habe ich mich bis 1993 in sogenannten „Nachfolgefirmen“ (ARK, AvA, GRV) von einem befristeten Angebot zum anderen „gehangelt“, dann folgte das „Vergnügen“, mich auf dem „freien“ Arbeitsmarkt durchzuschlagen. Auch die Erfahrung, vom Hartz 4-System gegängelt zu werden, blieb mir nicht erspart.

Heute bin ich Erzieher in einem Kindergarten hier im Territorium. Diese Arbeit bereitet mir Freude, Schwierigkeiten gibt es natürlich auch.

Unser heutiges Thema „Mauer und Festung EU“ zeigt, dass die GRH sich aktuellen Themen zuwendet und keinesfalls eine „rückwärtsgewandte Nostalgietruppe“ ist. Die bisher hier gehaltenen Redebeiträge habe ich im Unterschied zu einem meiner Vorredner keineswegs als „unkritisch“ empfunden.

Es gilt also, in die Zukunft zu schauen: Wie vermitteln wir Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen von heute, dass es sich lohnt, den Kapitalismus abzulehnen und zu bekämpfen, und wie mobilisieren wir diese gleichzeitig, für eine bessere Gesellschaftsordnung zu kämpfen. Dazu gehört auch, die DDR unter dem Lügenberg hervorzuholen. Das gleichnamige Buch „Die DDR unterm Lügenberg“ sehe ich übrigens als sehr bereichernde Lektüre und empfehlenswerte Argumentationshilfe.

Es berührt mich immer wieder schmerzlich, wenn ich junge KollegInnen erlebe, eigentlich gebildete Menschen, ErzieherInnen, die ihre völlige Unkenntnis über die jüngere Geschichte demonstrieren. Erst kürzlich sprach mich eine Kollegin bei einer Weiterbildungsveranstaltung an, nachdem ich von meiner Biographie gesprochen hatte: „Na Ihr hattet doch einen Schießbefehl“. Sie war völlig erstaunt, als ich antwortete: „Nein, dies ist eine der großen Lügen über die DDR, unsere Schusswaffengebrauchsbestimmungen unterschieden sich nur unwesentlich von denen, welche für die bundesdeutschen Polizeien der Länder sowie den Bundesgrenzschutz, die heutige Bundespolizei, galten und bis heute gelten.“

Es gilt, in die Zukunft zu schauen. An dieser Stelle sage ich allen hier im Saal, die sich als Kommunisten verstehen: „Es ist höchste Zeit, sich zu organisieren! Sich zu organisieren in einer Kommunistischen Partei. Das Argument, ich bin ja schon so alt, ich bin ja eine Altlast, zählt dabei nicht. Vor wenigen Wochen ist unser Genosse Leo Kuntz, der Sohn des unvergessenen Widerstandskämpfers Albert Kuntz, knapp 90-jährig, in die DKP eingetreten. In der Partei „DIE LINKE“ hatte er es nicht mehr ausgehalten, da etliche ihrer leitenden GenossInnen sich für den Weg des Opportunismus entschieden haben. Dieser Weg bleibt glücklicherweise in der eigenen Partei nicht unwidersprochen, wenn ich an die Kommunistische Plattform, Cuba Si und andere wirklich linke Zusammenschlüsse denke. Dessen ungeachtet scheint der Opportunismus leider in zunehmendem Maße zur Generallinie der Partei „DIE LINKE“ zu werden. Leo ist mit seinen Erfahrungen ein überaus wertvoller Genosse für uns Kommunisten.“

„Wer die Welt verändern will, muß sie erkennen. Wer sich befreien will, braucht Genossinnen und Genossen. Wer Kraft entfalten will, muß sich organisieren. Wer ein freies, menschliches Leben erringen, die Zukunft gewinnen will, muß kämpfen.“ Aus dem Programm der DKP.

Die Deutsche Kommunistische Partei ist in den meisten Grenzkreisen aktiv. Die DKP in Königs Wusterhausen und Umgebung lädt die Genossinnen und Genossen aus der Region ein, in ihre Arbeit „reinzuschnuppern“: Wir versammeln uns jeden 3. Dienstag im Monat um 19 Uhr in der „Cafe- und Sportsbar“ am Stadion in Königs Wusterhausen. Ansonsten stehen wir hier im Saal für alle Informationen an unserem Informationsstand zur Verfügung.

Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit.

Alfred Fritz

Werter Genosse Armeegeneral a.D. Heinz Keßler,

werte Generale und Admirale a. D.,

liebe Freunde der tschechischen und polnischen Delegation,

liebe Angehörige der Grenztruppen der Deutschen Demokratischen Republik, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

Im Namen des Zentralkomitees und des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands überbringe ich herzliche Kampfesgrüße anlässlich Eures ehrenden Grenzertreffens.

Daß wir uns mit Euch herzlich verbunden fühlen, hängt mit unseren gemeinsamen Interessen und Kampferfahrungen für Frieden und Sozialismus zusammen. Eine Reihe ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe der DDR setzen als Mitglied in unseren Reihen den Kampf fort. Symptomatisch hierfür ist natürlich auch, daß unser Vorsitzender, Genosse Torsten Schöwitz, Jahr-

gang 1969, ehemaliger Angehöriger der Grenztruppen im Grenzkommando Suhl war. Außerdem ist er der Neffe des am 19. Mai 1962 ermordeten Angehörigen der Grenztruppen, Unteroffizier Manfred Weiß. Aus Überzeugung und moralischer Verpflichtung füllte er später dessen Platz in den Grenztruppen aus.

Liebe Freunde,

es ist erst wenige Tage her, an denen wir in verschiedenen Veranstaltungen des 66. Jahrestages der Gründung der DDR gedachten und ihre Leistungen für die Sicherung des Friedens in Europa, den erreichten politischen Fortschritt und ihre wirtschaftliche Leistungskraft für das Wohl der Bürger, die in sozialer Sicherheit leben konnten, würdigten.

Daran habt ihr als Angehörige der Grenzpolizei / der Grenztruppen bedeutenden Anteil. Dafür gebührt Euch Dank und verdienstvolle Anerkennung.

Mit innerer Bewegung nahmen wir als vormals DDR-Bürger an einer Veranstaltung zu Ehren des 66. Jahrestages der Gründung der DDR im tiefsten Westen Deutschlands, im Ruhrpott, beim DDR-Kabinett Bochum teil. Die trotz Aufrufs eines reaktionären Politikers zu Protesten mit nur ca. 20 mit Plakaten erschienenen Protestierenden gegenüber dem Veranstaltungsort waren der Gegendemonstration fortschrittlicher Bürger und der Ausstrahlung dieser Veranstaltung nicht gewachsen. Immer mehr Menschen in West und Ost und natürlich vor allem aus der DDR, erkennen mit wachsendem zeitlichem Abstand, konfrontiert mit der auf Profit und Menschenfeindlichkeit orientierten kapitalistischen Realität, daß die DDR eine glückliche Phase in der deutschen Geschichte war, die auch von fortschrittlichen Menschen in Westdeutschland angestrebt wurde. Die Existenz der DDR mit ihren sozialen Errungenschaften ermöglichte auch westdeutschen Gewerkschaften so manche soziale Standards für Lohnabhängige durchzusetzen.

Mit der Vereinnahmung der DDR vor 25 Jahren durch die BRD infolge der international organisierten und im Innern mobilisierten Konterrevolution wurden die Daumenschrauben angezogen und die von der Arbeiterklasse erkämpften Errungenschaften zurückgedreht. Die Repression im Innern mit verschärfter Ausbeutung und Aggression nach Außen nahmen ihren uneingeschränkten Verlauf, so daß wir uns gegenwärtig in einer gefährlichen Situation mit zunehmenden Tendenzen einer kriegerischen Entwicklung in Europa und mit einer Konfrontation der USA/NATO gegenüber Rußland auf anderen Kriegsschauplätzen, wie in Syrien, sehen.

Solange es die DDR vereint mit der sozialistischen Staatengemeinschaft in Europa gab, und ihr die Staatsgrenze zuverlässig geschützt habt, war das alles nicht möglich. Zur längsten Friedensperiode in Europa durch eure Standhaftigkeit und euren selbstlosen Einsatz beigetragen zu haben, könnt ihr stolz sein. Euer Einsatz für die DDR, für Frieden und Sozialismus, wie auch der vieler DDR-Bürger, war nicht umsonst. Die geschichtlichen Leistungen und Verdienste im Interesse der Menschheit lassen sich auf Dauer nicht unterdrücken.

Die gegenwärtige gefährliche internationale Lage ist bekanntlich nicht entstanden, weil die USA und Rußland gleichermaßen um den besten Platz in der Welt ringen, ihnen gleiche Schuld an der Spannungslage zukommt, wie mancher Sozialist, beeinflusst von den bürgerlichen Massenmedien, glaubt. Sie ist auch nicht entstanden, wie behauptet wird, weil Rußland wegen der Krim und der Unterstützung der Ostukraine angeblich Aggression betrieben habe. Demokratischer, als die Bevölkerung der Krim in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht vom Selbstbestimmungsrecht gebrauch machte, sich nach dem gewaltsamen Sturz der legalen Regierung aus der Ukraine als faschistisch durchsetzten Staat verabschiedete und sich für die Wiedereingliederung in den russischen Staat einsetzte, geht es kaum. Keinerlei militärischer Kampf erfolgte im Unterschied zur militärischen Eroberung und gewaltsamen Abtrennung von Kosovo aus dem Staat Serbien. Rußland stellt sich der NATO-Ausdehnung bis an seine Grenzen, der Einkreisungspolitik mit der Er-

richtung von US-Stützpunkten und insgesamt den Weltherrschaftsplänen der USA als unilaterale Weltmacht entgegen und kämpft in Übereinstimmung mit den Interessen der Völker für eine unipolare Welt. Diese Deutlichkeit und Konsequenz hob Putin auch in seiner Rede in der UNO-Vollversammlung anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der UNO hervor, die ihm Respekt und Achtung bei den Völkern einbrachte. Rußland verfügt über keine Stützpunkte rings um die USA und überfällt auch keine Staaten, wie die USA, die sich deren Ressourcen bemächtigen.

Wer also Gleichsetzungspolitik betreibt, unterstützt objektiv die Aggressionspolitik des Imperialismus, voran des US- und deutschen Imperialismus.

Ein klares Bekenntnis zu den Abwehrmaßnahmen Rußlands gegenüber der Aggressionspolitik der USA und den NATO-Mächten ist unerlässlich, um keine Illusionen bei diesen Regierungen über ein „sicheres Hinterland“ aufkommen zu lassen, die als Ermunterung für einen Krieg gedeutet werden könnte.

Längst hat sich doch schon der US-Imperialismus und der ihm weitgehend hörige deutsche Imperialismus als Hauptkriegstreiber in der Welt entlarvt.

Die Reaktion Rußlands auf den von den USA langfristig im Untergrund vorbereiteten Umsturz in der Ukraine mit militärisch ausgebildeten und faschistisch durchsetzten Kräften ist bekanntlich nicht Ursache der gegenwärtig angeheizten Spannungen. Der frühere US-Sicherheitsberater Brzezinski hat doch schon vor Jahrzehnten in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ die Ukraine als geopolitischen Dreh- und Angelpunkt in bezug auf eine Umwandlung Rußlands eingeschätzt und Veränderungen des Status quo gefordert.

Der US- Generalstabschef Martin Demsey verkündete am 1. Juli 2005 ganz offen die Militärstrategie als „geringe aber wachsende Wahrscheinlichkeit eines Krieges der USA mit einer Großmacht“ und ergänzt, „daß sich die USA auf eine lange Konfrontation mit Rußland einstellt“.

Über das gegenwärtig größte NATO-Manöver in der Mittelmeerregion wird offiziell verbreitet, daß es gegen Rußland vorgenommen wird. Und die nach wie vor gültige US-Wolfowitz-Doktrin von 1992 richtet sich ausdrücklich gegen Rußland, in der es heißt: „Unser erstes Ziel ist es, die Wiederauferstehung eines neuen Rivalen zu verhindern, sei es auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo“.

So gesehen war es ein Irrtum einiger Politiker, die den Kalten Krieg für beendet hielten.

Der Leiter der sogenannten Sicherheitskonferenz in München, Ischinger, gibt in seinem Rundfunkkommentar am 29.09.2015 den Aggressionskräften Mut mit seiner Einschätzung, Rußland sei ja nur „ein Kolob auf tönernen Füßen“, wie seinerzeit Hitler einschätzte und seine Blitzkriegsstrategie darauf aufbaute. Wie die Geschichte lehrte, hat sich der deutsche Imperialismus wiederholt gründlich verrechnet. Die immer öfter aus dem Arsenal der Faschisten entnommene Wortwahl zeigt auch, daß der Faschismus im Schoße imperialistischer Herrschaft gut gedeiht. Kein Wunder durch die zunehmende Verzahnung des deutschen Imperialismus mit faschistischen Kreisen!

Aber immerhin sollten alle Kriegseifrigen bedenken, daß Rußland, China, die BRICG - Staaten, die Staaten der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit, die GUS-Staaten, mit rund 3 Milliarden Menschen, die 40 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, eine wirksame Gegenmacht bilden und als Schild der menschlichen Welt bezeichnet wurden.

Wir sollten in unserem Kampf davon ausgehen, daß die Konterrevolution nur ein zeitweiliger Rückschlag für den Sozialismus in Europa ist. Der weltweite Übergang der Epoche des Kapitalismus zum Sozialismus ist nicht beendet, nur in Europa unterbrochen.

Der Imperialismus kann zwar Kriege inszenieren und führen, sein Überleben durch Freihandelszonen und militärische Beherrschung von Ressourcen anderer Länder hinauszögern, aber auf Grund seiner unlösbaren Widersprüche, die sich auch in den Flüchtlingsströmen, der Nichtbeherrschung ihrer Ursachen und Nichtlösung der Grundbedürfnisse der Menschheit zeigen, ist er dem Untergang geweiht. Ja selbst aus den durch Krieg und gezielte Propaganda inszenierten Flücht-

lingsströmen versucht man mangels Geburtendefizite in Deutschland infolge sozialer Unsicherheit, Nutzen zu ziehen, gut ausgebildete Kräfte vor allem aus Syrien zu integrieren und aus ihren Ursprungsländern abzuziehen und gleichzeitig als Lohndrücker zu verwenden. Aber auch hier stößt der deutsche Imperialismus durch seinen menschenfeindlichen Umgang mit ihnen auf seine Grenzen.

Ausgehend vom dialektischen und historischen Materialismus wissen wir, daß die Produktivkräfte längst nach anderen Produktionsverhältnissen und damit nach anderen Machtverhältnissen drängen, dementsprechend die Arbeiterklasse als Hauptproduktivkraft die Hauptrichtung der geschichtlichen Entwicklung angibt und den Charakter der Epoche bestimmt. Zeitweilige Etappen mit Rückschlägen und Niederlagen sind innerhalb einer Epoche möglich, wie es uns auch die Herausbildung des Kapitalismus gezeigt hat.

Daß wir uns also nach wie vor in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus befinden, beflügelt zugleich unseren Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Dabei steht vordergründig der Kampf zur Bannung der akuten Kriegsgefahr, der Kampf gegen Faschismus und Krieg. Setzen wir unsere stärkste Waffe, den vereinten Kampf für eine breite antifaschistisch-antiimperialistisch-demokratische Front! Mobilisieren wir eine breite Antikriegsfront, gemeinsam mit der Friedensbewegung und den antifaschistisch-demokratischen Organisationen, die wir auf die Straße bringen müssen, wie sie ähnlich Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß 1935 der Kommunistischen Internationale forderte. Ihr seht, liebe Grenzer, euer, also auch unser gemeinsame Kampfauftrag für Frieden und Sozialismus ist so gesehen, nicht zu Ende. Es besteht zumindest die moralische Verpflichtung, sich weiter aktiv einzubringen, bevor es zu spät ist. Er wird nun unter diesen Bedingungen mit anderen Mitteln und Methoden weiter geführt, als Vorbild in den ersten Reihen mit der Heranziehung aufgeweckter junger Menschen in einer breiten Antikriegsbewegung.

Die Einheit von Kommunisten bildet hierfür ein starkes Fundament!

Danke!

Dr. Jaroslav Horák

Liebe Freunde,

nur in aller Kürze möchte ich Ihnen etwas sagen, aber meine Deutschkenntnisse sind sehr schlecht. Deshalb bitte ich unseren Kollegen, mir meine kurze Rede zu übersetzen.

Wir, die ehemaligen tschechischen Schützer der tschechoslowakischen Staatsgrenze schätzen es sehr, daß wir heute bei Ihnen sein können, um Ihnen allen herzliche Grüße zu überbringen. Es ist für uns eine große Ehre, daß wir so enge brüderliche Beziehungen mit Ihnen, den ehemaligen Schützern der Grenzen unserer früheren sozialistischen Länder, der DDR, CSSR und der Polnischen Volksrepublik, haben.

Aus der Tschechischen Republik sind seit gestern eine Delegation unseres Nationalrates des Klubs der Tschechischen Grenzgebiete aus Prag unter Leitung des Ersten Stellvertreters, Dr. Rudolf Peltan, und der letzte tschechoslowakische Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Ing. Miroslav Vacek, anwesend. Eine zweite Gruppe von drei ehemaligen tschechoslowakischen Grenzern ist heute morgen gemeinsam mit ihren deutschen Freunden aus der Grenzkompanie Possek hergekommen, mit der wir bereits viele Jahre enge freundschaftliche Beziehungen pflegen.

Das erste unserer Freundschaftstreffen ehemaliger tschechoslowakischer Grenzer aus der Cheber Grenzbrigade, und da vor allem aus Aš und Hranice bei Aš, mit den ostdeutschen Grenzern der Grenzkompanie Possek fand im Sommer 2008 anlässlich der feierlichen Enthüllung des Gedenksteines für alle Schützer der Staatsgrenze in Cinovec mit internationaler Beteiligung statt. Da befanden sich neben den 800 Teilnehmern aus der gesamten Tschechischen Republik auch vor allem unsere Freunde der Grenztruppen der ehemaligen DDR. Mit ihnen vereinbarten wir die grenz-

überschreitende Zusammenarbeit. Am Beginn dieser Zusammenarbeit standen das Ehepaar Katherthert, Wolfgang Rödel und weitere Genossen. Diese Freundschaft hält bis heute. Und wir schätzen sie alle sehr.

Diese unverbrüchliche Freundschaft ist geprägt von unserem gemeinsamen früheren Auftrag zur Gewährleistung der Unantastbarkeit der Staatsgrenzen und der Souveränität unserer sozialistischen Länder. Unser Ehrendienst gründete sich auf den Fahneneiden der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik.

Wir alle haben ihn ehrenvoll erfüllt. Heute erkennen sehr viele deutsche und tschechische Bürger, auch die Bürger anderer Völker der ehemaligen sozialistischen Gemeinschaft in Europa, die Widerwärtigkeit des Kapitalismus für die Entwicklung des Landes im Schoß der Europäischen Union und der NATO.

Gestatten Sie mir, liebe Freunde, die Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, daß sich unsere freundschaftlichen Beziehungen auch weiterhin stärken werden und daß unsere gemeinsame fortschrittliche Gesinnung gemeinsam mit den fortschrittlichen Kräften in der Welt verhindern werden, daß sich die verhetzenden und kriegstreibenden Tendenzen des Weltkapitalismus und Imperialismus weiter ausbreiten.

Am 4. Juli diesen Jahres haben wir bei unserem gesamtstaatlichen Treffen in Krásna bei Aš unter anderem auch unsere deutschen Freunde aus der Grenzkompagnie Posseck ausgezeichnet. Da einer unserer ausgezeichneten deutschen Genossen, Oberstleutnant a. D. Werner Wagner, dort nicht anwesend war, darf ich ihm heute hier im Auftrag des Vorsitzenden der Kreisleitung Aš des KCP, Major der GT a. D. Milan Pauco, diese Ehrung des Bezirksrates des Klubs der Tschechischen Grenzgebiete Karlovy Vary überreichen, dessen Mitglied ich bin. Gestatten Sie mir auch, diese Gelegenheit zu nutzen, um ein Geschenk, einen Teller mit Widmung an den General a. D. Heinz Jansen zu überreichen, der als Kommandeur der Ausbildungseinrichtung für die Ausbildung der Grenzer der Nationalen Volksarmee für ihren Dienst an der Staatsgrenze verantwortlich war. Ich bitte die beiden Genossen nach vorn zu kommen.

Und uns allen, verehrte und liebe Freunde, wünsche ich namens der tschechoslowakischen Grenzsoldaten beste Gesundheit und daß sich unsere Freundschaft weiterhin im Geiste des Internationalismus und der Waffenbrüderschaft entwickeln möge.

Hans Bauer

Liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,
Gestattet eine Vorbemerkung:

Wie uns unsere tschechischen Freunde informierten, ist der Genosse Sadek, Chef der Grenzschützer der CSSR, verstorben. Wir trauern mit unseren Genossen um eine hoch verdiente Persönlichkeit. Die Beisetzung des Verstorbenen erfolgte mit militärischem Zeremoniell. So wie es zu Friedenszeiten zu Ehren besonders verdienter Militärs üblich war.

In Deutschland ist es DDR-Militärs noch nicht einmal erlaubt, zu Ehren gefallener Sowjetsoldaten zum Tag der Befreiung am Treptower Ehrenmal die Uniform zu tragen. Weil dies Angehörige unserer NVA im Mai 2013 getan hatten, wurden sie angeklagt. In einem dubiosen Verfahren erfolgte zwar im Ergebnis eine Einstellung, allerdings war die Verfahrensdurchführung mit martialisches Durchsuchungen und Drangsalierungen ein einziger Skandal. Die gesamte Verfahrensweise belegt erneut, wie das offizielle Deutschland zur Befreiung vom Faschismus und zur NVA steht.

Liebe Freunde,

zu unserer Zusammenkunft gingen uns weitere Grüße von Freunden und Verbündeten zu. So wünscht Egon Krenz dem Treffen einen erfolgreichen Verlauf, solidarische Grüße übermitteln ISOR und die GBM, deren Vorsitzenden an unserer Beratung teilnehmen.

Genossen!

Unser heutiges Thema „Die Mauer und die Festung Europa“ ist und bleibt höchst aktuell und brisant. Es bewegt uns alle, wie Hunderttausende aus ihren Heimatländern fliehen aus Furcht für Leib und Leben, die aufgrund der Kriege und des Elends bedroht sind. Ihnen gilt unser Mitgefühl und unsere Solidarität.

Gleichzeitig erleben wir, wie die hoch gelobte EU versucht, sich geradezu chaotisch diesem Ansturm einerseits zu erwehren, andererseits den Eindruck einer humanistischen Wertegemeinschaft zu erwecken. Dabei wird zum wiederholten Male deutlich, wie unterschiedlich die sogenannten gemeinsamen Werte sind und wie uneinig die Gemeinschaft.

Es liegt auf der Hand, dass in dieser Situation die Grenzsicherungen zur Zeit des Kalten Krieges (also die sog. Mauer) und die heutige Außensicherung der Grenzen der EU (Diskussionen über neue Mauern) im Fokus der Betrachtungen stehen. Wie erwartet, wird dies auch genutzt, um die Sicherung der Staatsgrenze der DDR zu diffamieren.

Ich denke, im Ergebnis der heutigen Beratungen muss noch einmal deutlich gesagt werden: Mauern als Grenzen, ob aus Stein, Beton, Metall, aus Gittern oder Stacheldraht, sind Ausdruck des Verhältnisses der auf verschiedenen Seiten Lebenden.

Ideal wäre natürlich eine Welt ohne Mauern, aber noch für lange eine Illusion. Wir erleben seit 1990 im persönlichen und politischen Alltag, wie Mauern errichtet werden und wachsen - zwischen Nachbarn von Grundstücken und zwischen Völkern und Staaten.

Mauern sollen schützen, abwehren, verhindern. Seit Jahrhunderten. Die Große Mauer in China mit über 21 000 km war zum Schutze vor nomadischen Reitervölkern gebaut; der "Tortilla Wall" zwischen USA und Mexiko soll illegale Einwanderer verhindern; Israel hat eine zum Teil 8 m hohe Stahlbetonmauer im Westjordanland gegen die Palästinenser errichtet usw. Gebaut wurden Mauern immer nach Kriegen oder wegen der feindlichen Beziehungen von Nachbarn. Sie waren Folge von Kriegen oder dienten der Verhinderung von Kriegen.

Das traf auch auf "unsere Mauer" zu. Diese Mauer hat entscheidend dazu beigetragen, dass ein - wahrscheinlich atomarer - Krieg verhindert wurde. Dafür gibt es genügend Beweise trotz aller Versuche, die Grenzsicherung der DDR zu verfälschen und zu kriminalisieren. Wie konsequent die Sicherung schließlich im einzelnen erfolgt, resultiert aus den konkreten Gefährdungen. Dass diese Sicherung an unserer Staatsgrenze bis 1990 zwischen zwei hochgerüsteten Blöcken nicht mit rein polizeilichen Mitteln möglich war, liegt auf der Hand, ergibt sich schon allein aus der Konfrontation von NATO-Warschauer Vertrag an dieser Linie.

Übrigens verbietet es sich für mich, die Massenfluchten von heute mit den "Republikfluchten" von früher gleichzusetzen. Als Staatsanwalt habe ich Gründe und Motive solcher "Flüchtlinge" kennen gelernt. Vor Krieg und Not - wie heute - flüchtete keiner; keiner musste in der DDR um Leib und Leben bangen.

Und es stimmt auch nicht, dass - wie manchmal vernommen - die DDR die Ausreisewelle allein auf die Schutz- und Sicherheitsorgane abgewälzt hat. Unzählige Anstrengungen gab es seitens der Betriebe und der Räte, um Ausreisewillige zur Umkehr zu bewegen.

Aber richtig ist, dass sich nationale und internationale Probleme auf Dauer nicht mit Mauern lösen lassen. Das war auch der DDR klar. Nicht zuletzt deshalb hat die DDR sehr intensiv um ein besseres Verhältnis zur BRD gerungen, das "gut nachbarschaftlich" - so nannten wir es - sein sollte. Das ist nur teilweise gelungen (die Staatsbürgerschaft der DDR wurde von der BRD nie anerkannt). Die BRD hat allerdings die erste sich bietende Gelegenheit genutzt, die DDR zu annektie-

ren. Und erst jetzt ist uns so richtig bewusst geworden, dass offenbar die gemeinsamen Papiere von SED und SPD zum Untergang der DDR beitrugen.

Und heute? Wie sieht es heute mit Mauern aus?

Die EU mit Deutschland als eine zentrale Macht denkt nicht nur über Mauern nach, sie errichtet sie auch, indem sie ihr Territorium als Festung ausbaut. Einzelne Staaten haben mit dem Mauerbau bereits begonnen. Dabei geht es nicht um feindliche Angriffe, es geht z. Zt. um den Ansturm der Flüchtlinge. Ein Ansturm, der die Folge von Kriegen ist, die von Staaten der EU unter Führung der USA inszeniert, organisiert und geführt wurden. Was für eine perverse Politik. Die Geister, die sie riefen, schlagen zurück.

Deutschland hat sich zwar verbal für Flüchtlinge geöffnet, setzt aber gleichzeitig zur Begrenzung der Migranten auf Staaten an der Außengrenze der EU und darüber hinaus, wie der Besuch der Kanzlerin in der Türkei beweist. Noch herrschen teilweise chaotische Zustände; auch die Bürokratische Republik Deutschland stößt an ihre Grenzen. Sicher kann man sein, dass die EU zur Lösung der gegenwärtigen Krise und zur Verhinderung künftiger ihre Außensicherung weiter stärken wird. Die Festung Europa wird ausgebaut werden.

Das Hauptargument ist eine angebliche Gefahr aus Rußland. Ich sage: Rußland und China als Weltmächte sind zum Glück ein wirksames Gegengewicht zur aggressiven USA- und NATO-Politik und zur zunehmenden Militarisierung der EU. Deshalb gilt unsere feste Solidarität insbesondere der Russischen Föderation mit ihrem Präsidenten W. Putin.

Die Grenzschutzagentur FRONTEX wurde zwar nicht als Grenzpolizei gegründet, aber die Grenzen der EU mit 12 000 km Land- und 45 000 km Seegrenze werden ebenso weiter verstärkt, wie die Schaffung einer gemeinsamen Armee vorangetrieben wird. Nachdem mehrere Regierungschefs (auch Frau Merkel) sich für solche Streitkräfte ausgesprochen haben, forderte am 08.03.2015 auch EU-Kommissionspräsident Juncker die Gründung einer Europäischen Armee. Deutschland wird hierbei eine Führungsrolle einnehmen.

Statt Europa zu einem Kontinent des Friedens ohne Mauern und Krieg zu machen, schreitet die Militarisierung immer weiter voran. Innen- und Außenpolitik Deutschlands spielen dabei eine entscheidende Rolle. So sind hierzulande Rüstungsexporte im ersten Halbjahr 2015 für 3,5 Milliarden € genehmigt worden (2014 insgesamt 4 Milliarden). Dabei auch an Länder in Spannungsbereichen, wie Israel und Kuwait. Nach wie vor existieren die USA-Stützpunkte in Ramstein als Drehkreuz der verbrecherischen Drohnenangriffe und Büchel mit 20 Atombomben, die modernisiert werden sollen. Auch Ramstein und Büchel sind als Festung durch dicke Mauern geschützt.

Liebe Genossen!

Es bleibt dabei und unsere Aufgabe: Gemeinsam mit Verbündeten für ein friedliches und menschliches Europa zu streiten. Dazu müssen Mauern eingerissen werden. Die sklavische Abhängigkeit von den USA muss beseitigt und die Zusammenarbeit mit Rußland wieder belebt werden.

Änderungen in Deutschland sind nur durch eine breite Friedensfront mit gemeinsamen Aktionen möglich. Die Großdemo am 10. Oktober mit ca. 250 000 Teilnehmern in Berlin macht Hoffnung.

Liebe Freunde,

ich danke Euch allen, die Ihr gekommen seid. Dank der AG Grenze und den Rednern sowie allen, die zum Gelingen des Treffens beigetragen haben.

An unserem 30. Grenzertreffen waren 270 Teilnehmer versammelt. Gependet wurden 936,36 €. Danke.

Das nächste Grenzertreffen findet am 22. Oktober 2016 statt.

Bleibt gesund und kämpferisch.

Anlage

Impressum

Herausgeber:

Vorstand der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) e.V.,
Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV).

Vorsitzender: Rechtsanwalt Hans Bauer; Geschäftsführer: Dieter Stiebert

Geschäftsstelle des Vorstandes:

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel./ Fax : 030/2978 4225

Internet: www.grh-ev.org * www.grenztruppen-ddr.de

E-Mail: verein@grh-ev.org

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Dienstag & Donnerstag, jeweils 9.00 bis 16.00 Uhr

Die Sonderinformation der AG Grenze dient der Unterrichtung der Mitglieder und Sympathisanten der GRH e.V. und dürfen bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Spenden zur materiellen Unterstützung von Opfern der politischen Strafjustiz und zur Finanzierung weiterer humanitärer Tätigkeit der GRH e.V. werden erbeten auf das

Konto der Berliner Volksbank IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09, BIC: BEVODEBB